

171115 - RPf - 87

20.3.87



ERFOLGREICH - OFFEN - EIGENSTÄNDIG

DAS PROGRAMM DER CDU ZUR LANDTAGSWAHL 1987

VORLAGE FÜR DEN LANDESPARTEITAG
MAINZ, 20./21. MÄRZ 1987

Erfolgreich- offen - eigenständig
Das Programm der CDU zur Landtagswahl 1987

	Seite
Rheinland-Pfalz nach 40 Jahren - Chancen unserer Zukunft	1
Unsere Politik für morgen:	7
1. Schutz und Erhaltung des Lebens	7
2. Sicherung des Friedens und der Freiheit	11
3. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und für unsere Gesundheit vorsorgen	18
4. Mehr Arbeitsplätze, Nutzung neuer Medien und moderner Technologien	31
5. Wirksame Hilfe zur Sicherung der Existenz unserer Bauern und Winzer	49
6. Lebens- und lebenswerte Städte und Dörfer	59
7. Soziale Gerechtigkeit sichern	68
8. Fortschritte in Erziehung und Ausbildung, in Lehre und Forschung	76
9. Anstöße für die geistige und künstlerische Hinwendung zu Grundfragen der Zeit	86

Rheinland-Pfalz nach 40 Jahren - Chancen unserer Zukunft

Junges Land

1. Rheinland-Pfalz ist ein junges Land.
Was Siegermächte am grünen Tisch gezimmert haben, hat heute eigene Geschichte und Tradition.

Die Menschen erleben unser Land als ihre Heimat. Landsmannschaftliche Gemeinsamkeit hat sich entwickelt. Ein Netz persönlicher und sozialer Bindungen ist entstanden.

Vierzig Jahre Rheinland-Pfalz ist die Geschichte eines harmonischen Zusammenwachsens, des Entstehens einer eigenen, unverwechselbaren Gemeinschaft, eines neuen Landes.

40 Jahre
Rheinland-Pfalz

2. Rheinland-Pfalz nach vierzig Jahren heißt vierzig Jahre Aufbau und Entwicklung eines modernen Gemeinwesens, heißt auch 40 Jahre Führung durch die CDU. Was die Bürger dieses Landes unter maßgeblicher Führung der CDU in diesen vierzig Jahren geschaffen haben, ist eine große und herausragende Leistung.

Die Bürger haben der CDU immer wieder die politische Führung anvertraut. Sie wußten: Die CDU kann Aufbau und Zukunft gestalten.

Die Bürger wollten solide Weiterentwicklung, nicht unsichere Experimente. Sie wollten zähe und zuverlässige Arbeit, nicht Patentrezepte und maßlose Versprechungen.

Rheinland-Pfalz ist deshalb ein modernes und leistungsfähiges Bundesland geworden und hat dabei seinen Charakter, seine Eigenart gefunden.

Altmeier-Kohl-
Vogel

3. Peter Altmeier, Helmut Kohl und Bernhard Vogel - drei Ministerpräsidenten als Repräsentanten der CDU stehen für Aufbau und Aufstieg, für strukturellen Wandel und Modernisierung des Landes zum selbstbewußten und leistungsstarken Bundesland. Jeder von ihnen hat Rheinland-Pfalz auf seine Weise geprägt. Alle drei haben sich von der gleichen Überzeugung leiten lassen: Unser Land ist zu allererst Heimat für die Menschen, die hier leben. Was das Land ist, ist es durch seine Menschen. Was es werden kann, wird es durch die schöpferische Kraft seiner Bürger.

Vierzig Jahre hat die CDU auf dieser Grundlage politische Aufgaben gelöst.

Maßvolle
Politik

4. Daran erkennt man die CDU: Wir haben den Menschen weder sprunghafte Veränderungen noch sinnlose Wechselbäder aufgezwungen. Das moderne Rheinland-Pfalz ist das Ergebnis vieler abgewogener Einzelschritte. Die CDU ist sie gemeinsam mit den Bürgern gegangen. Rheinland-Pfalz hat sich stetig, aber umfassend weiterentwickelt. Es ist dabei lebens- und lebenswerte Heimat von fast vier Millionen Menschen geblieben.

In den Städten und Dörfern, mitten unter den Bürgern, leben und arbeiten über 75.000 Mitglieder der CDU.

Wenn wir in der CDU uns überall im Land engagieren und Verantwortung übernehmen, dann stammt der Antrieb dazu aus unserem Lebensalltag und seinen Erfahrungen.

Daran erkennt man die CDU: Wir lassen uns leiten von den Erfahrungen, die wir vor Ort machen, in der Nachbarschaft, in der dörflichen Gemeinschaft, in Stadtteilen und Städten. Unmittelbare Erfahrung bestimmt unsere Politik.

Wir haben niemals den Ehrgeiz gehabt, Rheinland-Pfalz total umzukrempeln. Wir haben unser Land modern ausgebaut, aber nicht radikal verändert. Wir wollen ein fortschrittliches Land. Die kleinen Gemeinschaften der Familie und der Nachbarschaft mit ihrer landschaftlichen Verbundenheit und mit ihrer Freude am Feiern sind beherrschend. In diesem Land soll aber auch jeder seine Bildungschance, jeder seine Chance auf einen Arbeitsplatz, auf eine gute persönliche Zukunft haben. Die Lebensfähigkeit und Lebensqualität aller Teile des Landes zu stärken - das ist das Ziel der Landespolitik.

Deshalb hat die CDU zum Beispiel dafür gesorgt, daß auch die kleinste Gemeinde mehr Selbständigkeit und Selbstverwaltung behalten hat als in anderen Bundesländern. Die ortsnahe Verwaltung in der Verbandsgemeinde, der eigene Gemeinderat und der Ortsbürgermeister sind uns sehr wichtig. Wir haben sie nicht einer großen Zentralverwaltung geopfert haben.

Augenmaß und
Menschlichkeit

5. Daran erkennt man unsere Politik, daß wir immer versucht haben, den menschlichen Maßstab zu wahren. Ein Großklinikum wie in Aachen sucht man in unserem Lande vergeblich. Schulzentren wie in Hessen für über 4.000 Schüler existieren nicht. Altenheime mit mehr als 1.000 Plätzen wie in Hamburg werden von uns abgelehnt. Bei uns ist

alles ein Stück persönlicher und überschaubarer, darum bürgernäher und menschlicher.

Politik mit Augenmaß und Menschlichkeit - vierzig Jahre lang ist die CDU dafür eingetreten. Vierzig Jahre haben die Bürger immer wieder dieser Politik ihr Vertrauen ausgesprochen. Die CDU ist vertraut mit diesem Land. Sie hat die meiste Erfahrung und die besseren Frauen und Männer, auch zukünftige Probleme zu lösen.

Über die Grenzen unseres Landes hinaus hat die CDU seit jeher eine starke Anziehungskraft ausgeübt. Immer wieder haben sich Politiker von außerhalb in unserem Lande engagiert. Sie fühlten sich von der nachdenklichen, ideenreichen und maßvollen, tief im Land verwurzelten Politik der CDU angezogen:

Die Schwaben Richard von Weizsäcker und Heiner Geißler, der Hesse Norbert Blüm, der Westfale Heinrich Holkenbrink, die Danzigerin Hanna-Renate Laurien und der Schlesier Klaus Töpfer haben ihre politische Heimat in der rheinland-pfälzischen CDU gefunden. Sie sind zusammen mit Rheinland-Pfälzern von Geburt wie Helmut Kohl und Werner Marx, wie Oskar Stübinger und Otto Meyer, wie Johann Wilhelm Gaddum, Albert Leicht und Alois Mertes zu neuen und verantwortungsvollen Aufgaben auch über unser Land hinaus berufen worden.

Die CDU unter Bernhard Vogel wird auch in Zukunft den Grundlagen ihrer Politik treu bleiben. Wir wollen fortsetzen, was wir mit Hilfe der Bürger aufgebaut haben. Ein Land: selbstsicher, leistungsstark, sozial verpflichtet und traditionsbewußt, erfolgreich, offen und eigenständig - unsere Heimat im Herzen eines modernen Europa.

Grundlegende
Entscheidung

6. Im Jahre 1987 stehen die Bürger von Rheinland-Pfalz vor einer ähnlich wichtigen Entscheidung wie 1947, am Beginn des Landes. Sie werden erneut bestimmen, welchen Weg dieses Land grundsätzlich gehen soll: Gehen wir mit der CDU den Weg nach vorn? Erkennen und ergreifen wir die Chancen der Zukunft und der modernen Entwicklungen? Oder geht das Land ins rot-grüne Abseits der verpaßten Gelegenheiten, der versäumten Chancen?

Auf dem Weg ins fünfte Jahrzehnt des Landes bietet die CDU den Bürgern reiche politische Erfahrung, Klarheit über die wichtigen politischen Ziele, Sicherheit über den künftigen Weg und ein überzeugendes personelles Angebot.

Erfolgreich-offen
eigenständig

7. Die CDU als führende politische Kraft in Rheinland-Pfalz hat
- seit seinen Anfängen dieses Land bejaht, erfolgreich seine Chancen entwickelt,
 - sich offen den Fragen zugewandt, die uns die jeweilige Situation stellt,
 - mit Augenmaß und Verantwortung einen eigenständigen Weg genommen.

Erfolgreich durch politische Stabilität, offen für neue Probleme und eigenständig in den Lösungen - das sind die Merkmale für vierzig Jahre Rheinland-Pfalz unter Führung der CDU.

Zukunft

8. Wie vor vierzig Jahren richtet die CDU 1987 den Blick nach vorne.

Die neu gewonnene Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland und die wiedergewonnene wirtschaftliche Kraft haben der Bevölkerung die Zuversicht zurückgegeben, daß die Zukunft nicht Angst und Untergang, sondern Chance und Erfolg birgt.

Stabilität und wirtschaftlicher Aufschwung sind die Voraussetzungen dafür, auch jenen Gruppen Hilfe und Solidarität angedeihen zu lassen, die beides besonders brauchen.

Chancen des Wandels

9. Unsere Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch, der auch unser Land erfaßt.

Wir haben in Rheinland-Pfalz gute Chancen, diese Entwicklung zu bewältigen und sie für die Menschen erfolgreich zu machen. Dazu sind allerdings jetzt und in den kommenden Jahren nötig

- geistige Beweglichkeit,
- klare politische Schwerpunkte,
- günstige Rahmenbedingungen,
- überlegte Weichenstellungen.

Bewegung und schöpferische Unruhe sind notwendig. Stehenbleiben bedeutet Zurückbleiben.

Die Chancen, Fortschritte und neue Erfolge zu erzielen, sind gewachsen, aber sie sind nicht leicht zu haben.

Es zeichnet dieses Land Rheinland-Pfalz und seine politische Führung aus, daß Chancen, die über den Tag hinaus weisen, erkannt und konsequent genutzt werden.

Die CDU unter Bernhard Vogel sorgt dafür, daß Rheinland-Pfalz die neuen Möglichkeiten nicht verpaßt. Wir werden

- offen die neuen Chancen und Möglichkeiten nutzen,
- eigenständig in der Wahl unserer Mittel und Wege bleiben,
- erfolgreich in der besten Tradition dieses Landes weiterarbeiten.

Fortschritte
für die Zukunft

10. Der CDU Rheinland-Pfalz geht es in den vor uns liegenden Jahren um

- Fortschritte bei Schutz und Erhaltung des Lebens
- Sicherung des Friedens in Freiheit,
- Fortschritte im Kampf um mehr Lebensqualität ohne Raubbau an unseren natürlichen Lebensgrundlagen,
- mehr Beschäftigung, Erfolge im Wettbewerb um moderne Produkte und die Erschließung neuer Märkte,
- die Sicherung der Existenz unserer Bauern und Winzer,
- soziale Gerechtigkeit,
- mehr Partnerschaft zwischen Mann und Frau in Familie, Beruf und öffentlichem Leben,
- lebens- und liebenswerte Städte und Dörfer,
- Fortschritte in Erziehung und Ausbildung, in Lehre und Forschung und in der geistigen und künstlerischen Hinwendung zu Grundfragen unserer Zeit.

Unsere Politik für morgen

Leben

1. Schutz und Erhaltung des Lebens

1.1. Wer vom Menschen und seiner Zukunft spricht, muß von seinen Chancen für das Leben reden. Die CDU bejaht das menschliche Leben, wie es von Gott gegeben ist. Wir

stehen zu der Größe und den Unvollkommenheiten des Lebens.

Politik soll helfen, daß Menschen ein erfülltes Leben führen können. Es ist eine wichtige Aufgabe, dieses Leben in seiner Gesamtheit, vom Entstehen bis zu seiner Vollendung, zu schützen. Wir erfahren, daß Naturwissenschaft, Medizin und Technik Entwicklungen öffnen, die dem Leben neue Chancen bieten, die es aber auch bedrohen können.

Verfassung
als Grundlage

- 1.2. Aus der historischen Erfahrung menschenverachtender Selbstherrlichkeit beginnt die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland mit dem Bekenntnis: "Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt." (Art. 1 GG). Der Mensch "hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit." (Art. 2 GG)

Diese Aussagen sind Grundlage des Zusammenlebens in Staat und Gesellschaft, wo auch immer der Einzelne seine weltanschauliche oder politische Heimat hat.

Verantwortung
für das Leben

- 1.3. Die CDU Rheinland-Pfalz hat im Sommer 1985 eine inzwischen bundesweite Debatte begonnen. Sie hat das Bewußtsein für Wert und Würde allen menschlichen Lebens geschärft. Wir hatten gegen Widerstände anzukämpfen, aber wir haben zunehmende Zustimmung gefunden.

Der Stein, den Bernhard Vogel ins Wasser geworfen hat, hat Wellen geschlagen. Viele Menschen, besonders junge,

spüren, daß die Verantwortung für Leben und Natur von allen wahrgenommen werden muß. Wir bejahen den Schutz der natürlichen Umwelt und tun viel dafür. Wir bejahen den verstärkten Tierschutz und die Reduzierung der Tierversuche.

Dieses Bekenntnis zu den natürlichen Lebensgrundlagen ist nur dann glaubhaft, wenn wir weit mehr und zuvor den Schutz menschlichen Lebens gewährleisten. Gerade am Beispiel des ungeborenen menschlichen Lebens müssen wir zeigen, daß wir in unserer Generation der Versuchung widerstehen können, menschliches Leben der beliebigen Verfügung zu unterwerfen.

Der moralische
Maßstab

- 1.4. Die CDU tritt dafür ein, daß bei jeder Diskussion über Grundfragen des menschlichen Lebens stets der gleiche moralische Wertmaßstab angelegt wird: Gegenüber der künstlichen Befruchtung, dem Eingriff in das menschliche Erbgut, dem Schwangerschaftsabbruch und auch, wenn es um das menschliche Sterben geht.

Insbesondere zeichnen sich drei Schwerpunktthemen ab:

- Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie
- Schutz und Hilfe für das ungeborene Leben
- Leben und Sterben in Würde.

- 1.5. Im Mittelpunkt der Diskussion steht heute die Frage der Zeugung außerhalb des Mutterleibes. Die Union respektiert jene verantwortungsbewußten und nachdenklichen Stimmen, die sich gegen jede Befruchtung außerhalb des Mutterleibes wenden.

Unter Ehepartnern, bei denen alle anderen Methoden zur Behandlung von Sterilität aussichtslos sind, hält die CDU die künstliche Befruchtung außerhalb des Mutterleibes - unter Beachtung des Kindeswohls - für ethisch und rechtlich vertretbar.

Jede Form der Leihmutterschaft ist zu verbieten.

Die Erzeugung von Embryonen zu Forschungszwecken und die Forschung mit Embryonen werden abgelehnt.

Rheinland-Pfalz hat für den Bereich der Fortpflanzungsmedizin wichtige Vorarbeit geleistet. Dazu zählen die Ergebnisse der von Bernhard Vogel eingesetzten Bioethik-Kommission und der Entwurf eines Gesetzes zur Fortpflanzungsmedizin.

- 1.6. Unsere Gesellschaft wird daran gemessen, wie sie mit ihren Kindern - auch mit den ungeborenen - umgeht. Ungeborene haben keine Stimme, aber sie haben ein Recht auf Leben. Wir wollen erreichen, daß keine Frau, keine

Familie in eine soziale Notlage gerät, nur weil ein Kind erwartet wird. Gegenüber früher sind viele zusätzliche Hilfen in Gang gesetzt worden. Wir brauchen weiterhin Schutz und weitere zusätzliche soziale und finanzielle Hilfe.

Sterbehilfe

- 1.7. Das menschliche Leben soll von seinem Beginn bis zu seinem letzten Atemzug in menschlicher Würde gelebt werden können.

Mit Nachdruck bestehen wir auf dem geltenden Verbot einer Tötung auf Verlangen. Jedes Signal des Gesetzgebers für eine - wie auch immer formulierte - " Erleichterung" für den Fall einer sogenannten aktiven Sterbehilfe trägt die Gefahr in sich, mißverstanden und mißbraucht zu werden.

2. Sicherung des Friedens und der Freiheit

Frieden

- 2.1. Wer Frieden wahrt, erhält den Menschen die Chance zum Leben in Gerechtigkeit und Freiheit. Freiheit und Gerechtigkeit sind die Wurzeln des Friedens. Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hat die CDU durch ihre Politik Frieden gehalten und Frieden gesichert. Frieden in Freiheit wird gewährleistet durch Gesinnung und politisches Handeln, aber auch durch die Bereitschaft zur Verteidigung und durch die Erhaltung des militärischen Gleichgewichtes, solange der Gegensatz der politischen Ziele und Ideen zwischen Ost und West

besteht. Wir fordern und unterstützen Schritte zu einer gleichmäßigen und kontrollierten Abrüstung.

Helmut Kohl hat erreicht, daß es ab 1992 bei uns keine chemischen Waffen mehr geben wird, nicht in der Bundesrepublik Deutschland und damit auch nicht in Rheinland-Pfalz. Wir fordern die Vernichtung aller chemischen Waffen und ein weltweites, streng kontrolliertes Verbot dieser Waffen.

Verteidigung

- 2.2. Niemals mehr darf von deutschem Boden Krieg ausgehen. Die CDU versteht die Bundeswehr ausschließlich als Instrument der Verteidigung.

Die Bundeswehr gefährdet niemanden; ihre Integration in die NATO garantiert ihren friedlichen Auftrag wie die Wirksamkeit ihrer Verteidigungskraft. Unsere Entscheidung für die westliche Gemeinschaft war eine Wertentscheidung für Demokratie und Grundrechte. Das Bündnis der NATO sichert unsere Freiheit und unsere politische Handlungsfähigkeit. Wer Freiheit und Demokratie aufs Spiel setzt, verliert auch den Frieden.

Wir danken vielen Hunderttausenden von Soldaten, insbesondere den Wehrpflichtigen für ihren Friedensdienst. Wir anerkennen aber auch die Leistung derer, die aus Gewissensgründen statt Wehrdienst Ersatzdienst leisten. Wir treten dafür ein, daß möglichst alle Wehrpflichtigen für den Dienst an der Gemeinschaft herangezogen werden.

Die CDU von Rheinland-Pfalz akzeptiert, daß sich aus dem Verteidigungsauftrag für unser Bundesland besondere Pflichten ergeben. Wir fordern allerdings, daß unsere

stärkere Belastung vom Bund und den anderen Ländern anerkannt und entsprechend berücksichtigt wird, etwa beim Finanzausgleich und bei der Festlegung der Kriterien für regionale Wirtschaftsförderung.

Französische und amerikanische Soldaten und ihre Angehörigen sollen sich bei uns unter Freunden fühlen. Wir erwarten von ihnen Zusammenarbeit und Rücksichtnahme bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Einseitige Beeinträchtigungen der Bevölkerung müssen abgebaut und insbesondere die Belastung durch Fluglärm muß weiter reduziert werden.

Die Zahl der deutschen Beschäftigten bei den Alliierten ist in den letzten Jahren ständig gestiegen. Wir werden uns für die Erhaltung und Sicherung dieser Arbeitsplätze auch in Zukunft einsetzen. Wir verurteilen die Doppeltzungigkeit jener, die den Austritt aus der NATO wollen, den Abzug der Amerikaner fordern und gleichzeitig eine Garantie dieser Arbeitsplätze verlangen.

Innerer
Frieden

- 2.3. Frieden nach außen sichert inneren Frieden. Unsere demokratische Rechts- und Verfassungsordnung garantiert allen die Chance, politisch mitzuwirken und sich zu engagieren. Wer die demokratisch legitimierte Autorität des freiheitlichen Staates in Frage stellt, will der Gesellschaft seine eigenen Gesetze aufzwingen.

Durch Sicherung unserer Rechtsordnung werden wir die Freiheit aller gegen die Willkür weniger in Schutz nehmen.

Jedes Engagement für eine Sache muß sich durch friedliches Auftreten und durch Respekt vor der Entscheidung

legitimierter Organe und Mehrheiten als demokratisch ausweisen. Der Staat sichert diese Verfassungs- und Rechtsordnung. Die Einrichtungen des Staates und seiner Verwaltung, aber auch eine verlässliche Beamtenschaft und unabhängige Richter sichern diese Demokratie.

Jeder kann in unserem Land alles sagen; aber Diener dieses Staates und das heißt, Beamter oder Richter, kann nur sein, wer tatsächlich dieser staatlichen Ordnung dienen will. Radikale Verfassungsgegner von rechts und links dürfen keine Chance haben.

Die Sicherung des Rechts, an der unsere Polizei entscheidenden Anteil hat, gewährleistet die Freiheit des einzelnen; deshalb braucht der freiheitliche, demokratische und soziale Rechtsstaat die Polizei. Die CDU dankt der Polizei für ihren schweren, verantwortungsvollen und erfolgreichen Dienst. Die CDU wird sowohl die quantitativen wie die qualitativen Voraussetzungen polizeilicher Arbeit in Rheinland-Pfalz weiter entwickeln und kontinuierlich verbessern. Hierzu gehört z.B.:

- Neueinstellung von mindestens einer Hundertschaft pro Jahr bei der Bereitschaftspolizei,
- vermehrte Einstellung von Frauen bei der Kriminalpolizei,
- Einstellung von Frauen in die Schutzpolizei,
- zusätzliche Beförderungsmöglichkeiten, vor allem im mittleren Dienst,
- weitere Ausstattung mit modernstem Gerät und entsprechenden baulichen Anlagen.

2.4 Für weitreichende Entscheidungen, für Planung und Vorsorge für die Zukunft, die vom Staat erwartet wird, sind wir auf verlässliche Grunddaten angewiesen. 17 Jahre nach der letzten Volkszählung können wir auf exakte Informationen über Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung und der Berufe, auf eine Bestandsaufnahme der Betriebe und Wohnungen nicht länger warten. Die gesetzlichen Grundlagen dafür entsprechen allen Anforderungen des Rechtsstaates, sodaß der Bürger ohne jede Sorge an der Volkszählung 1987 teilnehmen kann. Die CDU unterstützt sie, weil alle davon Nutzen haben: Die Bürger, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Gemeinden und der Staat.

2.5. Unser Land ist Kernbereich und Durchgangsland für Europa.

Aus dieser Lage sind große Chancen für das Land erwachsen, die wir in den nächsten Jahrzehnten verstärkt wahrnehmen werden.

Rheinland-Pfalz kann ein Herzstück europäischer Verbindungen sein, eine wichtige Drehscheibe industriellen und wirtschaftlichen Austausches, der Arbeits- und Marktplatz für viele Regionen der näheren Nachbarschaft und ganz Europas.

Deshalb tritt die CDU ein für

- den weiteren Ausbau der politischen Zusammenarbeit in Europa als Vorbild einer dauerhaften Weltfriedensordnung,
- die Vollendung des europäischen Binnenmarktes,
- die Verstärkung der Rechte des Europäischen Parlamentes,
- die baldige Harmonisierung der Steuern in Europa,
- den Ausbau der Verkehrsverbindungen zu den benachbarten Staaten,
- die verstärkte Zusammenarbeit mit den Nachbarregionen,
- den weiteren Ausbau der Städte- und Gemeindepартnerschaften,
- den verstärkten Austausch der Hochschulen und die gegenseitige Anerkennung adäquater Hochschulabschlüsse,
- die Harmonisierung der Sicherheitsstandards im Energie- und Umweltbereich auf hohem Niveau.

2.6. Kulturelles Erbe und geistige Substanz der Deutschen aus dem Osten und Südosten Europas sind für die CDU Rheinland-Pfalz unverzichtbarer Bestandteil des geistig-

kulturellen Lebens unseres Volkes. Die deutsche Kultur ist ein wichtiges Band, das unsere Kulturnation eint und der gesamten Nation dient. Pflege und Weiterentwicklung dieses Erbes sind Beiträge bei der Eingliederung der Vertriebenen und der aus Ost- und Südosteuropa eintreffenden Deutschen. Dieses Erbe dient dem Frieden und der Verständigung zwischen den Völkern. Alle Deutschen, die ihren Wunsch auf Aussiedlung aus einem ost- oder südosteuropäischen Staat verwirklichen können und in Rheinland-Pfalz eine neue Heimat finden wollen, haben Anspruch auf unsere solidarische Hilfe. Die CDU wird alle Maßnahmen unterstützen, die eine rasche Integration gewährleisten.

Ruanda

2.7. Not und Unterentwicklung in der Dritten Welt beeinträchtigen die Lebenschancen der Menschen und stehen dem Frieden im Wege. Unser Friede hängt auch davon ab, ob wir helfen, in den Entwicklungsländern wenigstens schrittweise menschenwürdige Lebensbedingungen zu schaffen. Die CDU sieht hier eine Pflicht zur Solidarität und zum Beispiel.

Auf Initiative von Bernhard Vogel hat das Land Rheinland-Pfalz sich entschlossen, Entwicklungshilfe zu konzentrieren und durch die Partnerschaft mit dem zentralafrikanischen Land Ruanda Hilfe zur Selbsthilfe besonders zu fördern. Es ist gelungen, eine Zusammenarbeit zu entwickeln. Unsere Hilfe fördert ohne aufwendige Verwaltung und flexibel viele kleine Vorhaben. Sie werden von der Bevölkerung vor Ort selbst in Gang gesetzt und durchgeführt. Unsere Hilfe kommt ihr unmittelbar zugute. Die Zusammenarbeit strebt nicht in erster Linie Strukturveränderungen, sondern Verbesserungen der vorhandenen Möglichkeiten aus eigener Kraft

an. Bürger und Vereinigungen vieler Art in unserem Lande unterstützen diese Partnerschaft zum Teil in vorbildlicher Weise. Die CDU will noch mehr Menschen in Rheinland-Pfalz für diese Partnerschaft gewinnen. Mithilfe bei den Aufgaben der Entwicklung ist Dienst am Frieden!

3. Unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhalten und für unsere Gesundheit vorsorgen.

Umweltschutz

- 3.1. Umweltschutz und Umweltgestaltung sichern den Menschen die Zukunft. Die CDU in Rheinland-Pfalz hat sich dieses Thema zu eigen gemacht. Sie hat einen neuen umweltpolitischen Denkprozeß eingeleitet und in stetiges und konsequentes politisches Handeln von Staat und Kommunen umgesetzt.

Eigene Lösungen

- 3.2. Wir haben die Gefahren für die Umwelt rechtzeitig gesehen und offen über die Probleme diskutiert. Wir haben erfolgreich und eigenständig Lösungen aufgezeigt.

Umweltpolitik hat in Rheinland-Pfalz in den letzten Jahren entscheidende, beweisbare Fortschritte gemacht. Im Bund wurde früher nur geredet und Angst erzeugt.

Auf der Grundlage klarer Vorgaben durch die Bundesregierung unter Helmut Kohl ist zum Wohle der Umwelt und künftiger Generationen gehandelt worden. Wir sind herausgefordert durch die ökologischen Fehlentwicklungen, vornehmlich durch die neuartigen Waldschäden.

Die Umweltpolitik der CDU in Rheinland-Pfalz hat mit beachtlicher Konsequenz eigenständige Lösungen gezeigt und nicht nur defensiv auf Fehlentwicklungen reagiert. Zur Überraschung vieler Skeptiker ist es gelungen, Umweltschutz und Umweltgestaltung als positives und eigenständiges Ziel der Politik zu verankern.

Ängste und Sorgen

3.3. Die Katastrophe von Tschernobyl hat im Empfinden vieler Menschen Sorgen, Ängste und Befürchtungen hervorgerufen. Diese Sorgen und Ängste nehmen wir sehr ernst, wir wissen aber auch, daß sie von der SPD und den Grünen mißbraucht werden. Aus Angst und Furcht vor einer schwer durchschaubaren Technik wird politisches Kapital geschlagen.

Unsere Antwort lautet:

Die erkannten Risiken von Technik müssen durch bessere Technik, durch verbesserte gesetzliche Regelungen, durch intensive Kontrollen überwunden werden. Die Ausstiegspropheten von Grün und Rot übersehen, daß sie mit dem Ausstieg aus dem technischen Fortschritt den Einstieg in die alten Probleme von Umweltbelastung, von Krankheit und Hunger einleiten, die bereits bewältigt waren.

Wir wollen den Aufbruch in die Zukunft, damit kommende Generationen glücklich leben können. Dazu brauchen wir den Einsatz von Geist und Kapital, damit neue, umweltfreundliche Techniken entwickelt und verwirklicht werden:

- Technischer Fortschritt für besseren Schutz der Umwelt,
- verstärkte Eigenverantwortung der Wirtschaft bei der

Produktionen und der Verwendung chemischer Stoffe,

- Verbesserung staatlicher Kontrollen zur Überwachung verschärfter gesetzlicher Grundlagen,

das sind unsere Antworten für eine zukunftsorientierte Bewältigung der bekannten Probleme, bei der Kernenergie ebenso wie bei der Chemie.

Wir werden ein "Rhein-Programm" vorlegen. Es wird die Intensivierung der Meß- und Überwachungsmaßnahmen am Rhein (Monitoring) enthalten und aktive Maßnahmen zur besseren Überwindung der ökologischen Folgeschäden, die mit der Katastrophe von Sandoz verbunden sind. Es wird eine Modernisierung der Kläranlagen auf jeweils neuestem Stand der Technik ebenso umfassen wie die Anstrengung, weniger Abwasser in den einzelnen Betriebsstätten anfallen zu lassen. Der Hochwasserschutz wird eine zentrale Aufgabe der kommenden Legislaturperiode darstellen.

Umweltschutz in
Europa: Cattenom

- 3.4. Erfolgreiche Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland und in Rheinland-Pfalz im besonderen macht die aktive Mitwirkung unserer europäischen Nachbarn unumgänglich erforderlich. Mehr als die Hälfte der Schwefeldioxidbelastung der Bundesrepublik Deutschland stammt aus der DDR und dem benachbarten Ausland, insbesondere der CSSR. So lange große Mengen Braunkohle ohne jegliche Rauchgasbehandlung für die Energieerzeugung verfeuert werden, wird es immer wieder zu erheblichen Belastungen auch bei uns kommen, auch nach der entsprechenden Ausrüstung unserer Kraftwerke mit Rauchgasentschwefelungs- und entstickungsanlagen.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in den letzten vier Jahren der Regierung von Helmut Kohl, nachhaltig unterstützt durch die Landesregierung von Rheinland-Pfalz, zum Vorreiter der Umweltpolitik in Europa geworden.

Am Beispiel des französischen Kernkraftwerkes Cattenom ist deutlich geworden, daß bei unseren Nachbarn die in Deutschland entwickelten und verwirklichten Anforderungen an die Sicherheit und die Umweltverträglichkeit von Kernkraftwerken keineswegs unbestritten akzeptiert werden.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz und insbesondere Bernhard Vogel haben über die Bundesregierung und in direkten Gesprächen mit Frankreich erreicht, daß in Cattenom ein gleicher Sicherheitsstandard eingehalten wird, wie er bei deutschen Kernkraftwerken verwirklicht wird. Diese konsequenten Verhandlungen sind erfolgreich gewesen.

- Die Einleitungshöchstwerte von Radioaktivität in die Mosel wurden auf ein Fünftel des Genehmigungswertes völkerrechtlich verbindlich zurückgeführt,
- die Sicherheitsüberprüfungen durch unabhängige Sachverständige haben einen vergleichbaren Sicherheitsstandard bestätigt,
- die Informationen über das Kernkraftwerk sind wesentlich verbessert worden.

Diese Erfolge haben wir durch Verhandlungen erzielt. Sie wurden möglich, weil wir mit unseren französischen Nachbarn klar, aber sachlich gesprochen haben. Wer

seinen Nachbarn nur maßlos beschimpft, wer ihm Menschenverachtung und Doppelzüngigkeit unterstellt, will keine Verhandlungserfolge, sondern nur Konfrontation und Emotionalisierung. Er züchtet neuen Nationalismus. Dies lehnen wir nachdrücklich ab.

Ergebnisse der
Umweltpolitik

3.5. Einige Beispiele belegen die Schwerpunkte unserer Umweltpolitik. Sie beweisen, daß Rheinland-Pfalz die Umweltpolitik in der Bundesrepublik Deutschland auf wichtigen Bereichen vorangebracht hat:

- Der Schutz natürlicher Lebensgrundlagen wurde in die Landesverfassung aufgenommen.
- Ein Umweltprogramm '85 ist vorgelegt worden, das die konkreten Maßnahmen für umweltpolitische Vorsorge zur dauerhaften Sicherung von Natur und Umwelt enthält und darstellt.
- Rheinland-Pfalz ist zum Vorreiter bei der Anwendung neuer und marktwirtschaftlicher Lösungen im Umweltschutz geworden - das gilt für die Luftreinhaltung am Beispiel des Kannenbäcker-Landes ebenso wie für die von uns geforderte und durchgesetzte Verbilligung bleifreien Benzins.
- Neue Naturschutzgebiete sind ausgewiesen worden; in Rheinland-Pfalz gibt es heute über 280 Naturschutzgebiete mit über 16.000 Hektar Fläche; noch in diesem Jahr werden es über 300 Naturschutzgebiete sein. Sie werden zu einem vernetzten System verbunden.

Tieren und Pflanzen werden neue Lebensräume auf Dauer gesichert.

- Neue Gesetze bringen eine verbesserte Grundlage für den Umweltschutz - das Abfallentsorgungsgesetz und das Landespfleugesetz ermöglichen dem Umwelt- und Naturschutz wichtige Fortschritte.
- Im Abfallbereich ist unsere Rangfolge klar: Abfallvermeidung hat Vorrang; umweltfreundliche Entsorgungseinrichtungen müssen die nicht vermeidbaren und nicht verwertbaren Abfallstoffe sicher aufnehmen. Wir wollen eine neue Sondermüllverbrennungsanlage, weil sie umweltfreundlich und für ein Industrieland unumgänglich erforderlich ist. Wir wollen dieser Verantwortung nicht ausweichen: Nicht der ist umweltfeindlich, der über hochtechnische Verbrennungsanlagen Energie aus Abfall gewinnt, sondern wer Abfallstoffe in die DDR exportiert, wo niemand gegen Deponie oder Verbrennung demonstrieren darf. Wir haben die Beseitigung von Altlasten in alten Deponien oder belasteten Industriestandorten beispielhaft in Angriff genommen:
- Ein Altlastenkataster wird erstellt. In Gerolsheim und Sprendlingen wird tatsächlich saniert.
- Die Finanzierung von Altlasten ist beispielhaft für alle anderen Bundesländer geregelt worden. Wir haben auf freiwilliger Grundlage die Mitfinanzierung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft erreicht. In den kommenden vier Jahren werden im Rahmen dieses Kooperationsmodells 100 Millionen DM für die Sanierung von Altlasten verfügbar sein.

- Im Doppelhaushalt 1986/87 haben wir mit 35 Millionen DM zusätzlich einen Schwerpunkt "Umwelt" gesetzt. Wir haben erhebliche finanzielle Leistungen zusätzlich erbracht für Naturschutz und Landespflege, für die Ermittlung von Bodenbelastungen und Altlasten und für die Überprüfung von Lebensmitteln.

Klare Informationen

3.6. Auch für die Umweltpolitik gilt:

Mit-Wissen und Mit-Denken sind die Voraussetzungen zum freiwilligen, zum selbstverständlichen Mit-Handeln. Umwelterziehung und Umweltinformation schaffen Umweltbewußtsein und damit eine tragfähige Grundlage unserer Politik.

Aus diesem Grunde gibt es in der Umweltpolitik von Rheinland-Pfalz keine Strategie der Verharmlosung.

Klare, nachvollziehbare Unterrichtung über die Belastung von Luft, Wasser und Boden, von Natur und Landschaft, über die Wechselwirkung zwischen Umwelt und Gesundheit sind beispielhaft entwickelt. Die Antwort der CDU auf Umweltschäden ist nicht Resignation, sondern das sachlich begründete Vertrauen in die Bewältigung dieser Probleme. Phantasie und der Einsatz neuer technischer Erkenntnisse zur Umweltentlastung sind unsere zukunftsgerichtete Alternative.

Der Rahmen:
Arbeit und Umwelt

3.7. Aufgabe des Staates ist es nach Überzeugung der CDU auch in der Umweltpolitik:

klare, rahmensetzende Festlegungen zu treffen für weitreichende Zielwerte zur Entlastung von Luft und Wasser, von Boden und Natur.

Dieser Rahmen muß ausgefüllt werden durch die Investitionsentscheidungen der Unternehmen und durch das bewußte Verhalten unserer Bürger bei Konsum und Freizeit. Dadurch verhindern wir, daß durch eine kurzatmige Umweltpolitik Arbeitsplätze in Gefahr geraten. Arbeit und Umwelt sind vereinbar.

Umweltschutz darf nicht mit der Forderung an die Politik, an die Wirtschaft oder den jeweils anderen beginnen und dort enden. Vorsorge und Fürsorge für unsere Umwelt beginnen bei jedem Einzelnen:

Bei der Abfallvermeidung im Haushalt, beim sinnvollen Gebrauch des Autos, beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und vielen anderen konkreten Anlässen.

Gesundheit

- 3.8. Umfassende Vorsorge für die Erhaltung der menschlichen Gesundheit ist eine entscheidende Aufgabe unserer Politik. Gesundheitsvorsorge beginnt für uns bei Gesundheitsaufklärung und Gesundheitserziehung. Nur wer die gesundheitlichen Risiken z.B. von Fehlernährung, von Suchtmittelmißbrauch und Bewegungsarmut kennt, kann sich gesundheitsbewußt verhalten. Wir werden uns dafür einsetzen, daß Anreize für gesundheitsbewußtes Verhalten in unsere sozialen Sicherungssysteme eingebaut werden. Die Solidargemeinschaft der Beitragszahler der Krankenkassen soll durch gesundheitliche Vorsorge wo immer möglich entlastet werden.

Auch eine konsequente Umweltpolitik ist umfassende Gesundheitsvorsorge. Luftschadstoffe belasten nicht nur unsere Wälder und Böden, sie haben auch nachteilige Auswirkungen auf die Gesundheit der Menschen.

Unsere erfolgreiche Luftreinhaltepolitik, aber auch die Reinhaltung der Fließgewässer und des Grundwassers, die Entlastung der Böden und die Vermeidung gesundheitsgefährdender chemischer Stoffe sind ein bedeutsamer Beitrag zur vorbeugenden Gesundheitspolitik.

Umwelt und
Gesundheit

- 3.9. Die Zusammenfassung von Umwelt und Gesundheit in einem Ministerium, beispielhaft in Rheinland-Pfalz verwirklicht, ist für uns eine entscheidende Verknüpfung. Sie entspricht auch der wechselseitigen Abhängigkeit der Vorsorge sowohl für Umwelt wie für Gesundheit.

Wichtige Maßnahmen wurden auf diesem Gebiet ergriffen:

Die Untersuchung von Zusammenhängen zwischen Luftbelastung und Atemwegserkrankungen bei Kindern (Pseudo-Krupp), die Konzentration des umwelttoxikologischen Sachwissens unserer Hochschulen, die intensive Erforschung von Allergien, epidemiologische Aussagen zur Krebsentstehung.

Vorsorge hat
Vorrang

3.10. Der Erhaltung der Gesundheit durch Vorsorge kommt die höchste Priorität zu - Gesundheitspolitik muß aber auch bestmögliche Voraussetzungen für die Behandlung von Krankheiten sicherstellen.

Rheinland-Pfalz hat leistungsfähige Krankenhäuser. Wir sind den Irrweg zu übergroßen Krankenhäusern nicht gegangen. Wir haben nach wie vor ein flächendeckendes Netz kleiner, mittlerer und einiger großer Krankenhäuser. Wir sind stolz darauf, daß zwei Drittel unserer Krankenhäuser in freigemeinnütziger Trägerschaft geführt werden. Eine sinkende Bevölkerungszahl, gleichzeitig ein höherer Anteil älterer Menschen, wachsende Bedeutung ambulanter ärztlicher Tätigkeit und das segensreiche Wirken der Sozialstationen werden jedoch auch in Zukunft zu Anpassungen führen.

Auf der Grundlage des neuen Landeskrankenhausgesetzes wird ein neuer Krankenhauszielplan in den Jahren 1987/88 erstellt. Er wird nach umfassender Erörterung mit den Krankenhausträgern, mit den Krankenkassen als Kostenträgern und mit den betroffenen Bürgern und ihren gewählten Repräsentanten verabschiedet werden. Krankenhausplanung darf und wird aber nie ein starres, gegen jede Änderung der regionalen Bedingungen unempfindliches Werk sein. Änderungen und Anpassungen an neue medizinische Fortschritte müssen zum Nutzen der Bürger auch in Zukunft stets möglich sein.

Fortschritte der medizinischen Wissenschaft, vor allem aber auch die Möglichkeit zur Hinwendung an die Patienten werden durch die weiter verbesserte ambulante ärztliche Versorgung sichergestellt. Neben den Fachärzten brauchen wir verstärkt den Arzt für Allgemeinmedizin. Wir benötigen den Hausarzt, der Zeit hat für das Gespräch mit seinen Patienten. Er kann aus der Kenntnis von Familie

und Umfeld des Kranken nicht nur seinen körperlichen Gesundheitszustand beurteilen und Heilung bringen, sondern auch die geistig-seelischen Einflußgrößen erkennen und bewerten.

An den Ursachen
ansetzen

3.11. Gesundheit ist das höchste Gut des Menschen. Jeder wirtschaftlich-materielle Fortschritt wird nutzlos, wenn er zu Lasten der geistigen und körperlichen Gesundheit des Menschen ginge. Umwelt und Gesundheit sind eine Einheit.

Diese Einheit erfaßt die Arbeitswelt mit ihren Gefahren für den Menschen am Arbeitsplatz wie den zunehmenden Streß einer auf Konsum orientierten Freizeitgesellschaft. Umweltpolitik ist für uns nicht der Reparaturbetrieb der Wachstumsgesellschaft - Gesundheitspolitik nicht die Antwort auf unnatürliche Lebensweisen und Umweltbelastungen. Kostendämpfung im Gesundheitswesen beginnt nicht, wenn Menschen krank sind. Sie muß an den Ursachen ansetzen, wo Gesundheit gefährdet wird. Ebenso darf Umweltpolitik nicht zur Beseitigung entstandener Schäden verkommen, sondern muß aktive Vorsorge verwirklichen.

AIDS

3.12. Eine neue, in ihren möglichen dramatischen Konsequenzen für unser Volk noch nicht voll erkannte Bedrohung ist die Krankheit AIDS geworden. Die Zahl der Erkrankten verdoppelt sich in weniger als einem Jahr. Nach wie vor wissen wir zu wenig über Diagnose und Therapie. Diese Seuche droht zur Pest unserer Tage zu werden. Gegenmittel sind noch nicht verfügbar.

Aufgabe des Staates ist es durch umfassende Aufklärung die dramatischen Gefahren in das Bewußtsein der Bevölkerung zu bringen. Nur verantwortungsbewußtes Verhalten eines jeden einzelnen kann die verhängnisvolle Entwicklung stoppen. Es ist unumgänglich notwendig, einen jeden hinzuweisen auf ein Sexualverhalten, das mit dem Bild des Menschen, das wir in der Politik vertreten, in Einklang steht und das eine wirksame Vorsorge gegen diese Krankheit ist.

Wir wollen unserer Verantwortung gegenüber denen gerecht werden, die mit AIDS infiziert oder bereits daran erkrankt sind. Neben der umfassenden Aufklärung bedarf es dafür psycho-sozialer Hilfen, der Betreuung und der Behandlung. Die Voraussetzung dafür werden wir in Rheinland-Pfalz weiter ausbauen. Ein wichtiges Hilfsmittel für die richtigen Maßnahmen zur Bekämpfung von AIDS ist eine möglichst gute epidemiologische Kenntnis des Krankheitsverlaufs. Daher bejahen wir eine anonyme Meldepflicht für alle Blutuntersuchungen auf AIDS-Viren. Diese Meldungen sollen von den dafür vorhandenen Speziallabors vorgenommen werden. Eine namentliche Meldepflicht können wir solange nicht fordern, wie es keine Gegenmittel gegen diese Krankheit gibt.

Wer im Wissen um seine Erkrankung an AIDS bewußt in Kauf nimmt, durch sein Verhalten andere Menschen zu infizieren, handelt verbrecherisch.

Ihm gegenüber müssen die gleichen strafrechtlichen Maßnahmen ergriffen werden wie gegenüber jedem anderen, der sich eines Verbrechens gegen Leib und Leben eines anderen schuldig macht.

Aufklärung und Information mit dem Ziel der Verhaltensänderung eines jeden einzelnen, anonyme Meldepflicht zur Regelung der epidemiologischen Entwicklung, Schutz des Nicht-Infizierten gegen unverantwortliches Handeln Infizierter - diese Ansatzpunkte kennzeichnen das Maßnahmenbündel, das wir zur Bekämpfung von AIDS einsetzen. So werden unsere Gesundheitsämter sich verstärkt dieser Aufgabe annehmen, was gezielte personelle Erweiterungen notwendig macht. In unseren Schulen werden wir diese Thematik im Zusammenhang mit der Verantwortung des einzelnen gegenüber dem Mitmenschen und der Gesellschaft vertieft erörtern. Wir werden konzentriert gegen diese existenzielle Bedrohung unserer Volksgesundheit vorgehen. Wir wissen, daß eine ursächliche Bewältigung auch eine Veränderung der Einstellung zur Sexualität in unserer Gesellschaft erforderlich macht. Alle anderen Maßnahmen sind wichtig, aber sie sollten stets in diesem Zusammenhang unserer Verantwortung für den Mitmenschen und für kommende Generationen gesehen werden.

Sport

3.13. Die CDU wird auch in der Zukunft dem Sport und seinen ehrenamtlichen Helfern Hilfe und Förderung angedeihen lassen. Die CDU hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, daß die Landeszuschüsse für Verbände und Vereine erneut erhöht worden sind. Sie hat außerdem erfolgreich dafür gekämpft, daß das Steuerrecht insbesondere im Hinblick

auf viele tausend ehrenamtlich geführte Sportvereine geändert worden ist. Wir werden neue Bemühungen aufnehmen, den Vereinen durch weitere Änderungen und Vereinfachungen im Steuerrecht auch künftig Hilfen für eine erfolgreiche Arbeit zu geben.

Sport und Umwelt müssen sich ergänzen, nicht bekämpfen. Der Einzelne darf nicht mehr Schutz genießen als die Gemeinschaft. Freizeitnutzung von Sportstätten und Ruhebedürfnis der Menschen müssen miteinander in Einklang gebracht werden.

Die Menschen verfügen zunehmend über mehr Freizeit. Sie nutzen diese Freizeit anders als früher. Zu den Aufgaben der Politik gehört es, zu prüfen, ob die freien, privaten und die öffentlichen Einrichtungen für Freizeit-zwecke zukünftigen Anforderungen genügen können.

4. Mehr Arbeitsplätze, Nutzung neuer Medien und moderner Technologien.

Rheinland-Pfalz in
der Spitzengruppe

- 4.1. Rheinland-Pfalz ist heute ein leistungsfähiges und wirtschaftsstarkes Bundesland. Industrie und Handwerk, Handel und Dienstleistungsgewerbe, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, Selbständige, Land- und Forstwirtschaft, Weinbau und Fremdenverkehr tragen zum Wohlstand der Menschen bei. Auf vielen Märkten der Welt beweist die rheinland-pfälzische Wirtschaft ihre Wettbewerbsstärke.

Wesentlich getragen von einem leistungsfähigen Mittelstand ist Rheinland-Pfalz in die Spitzengruppe der Bundesländer aufgerückt.

Diese Position will die CDU erhalten und weiter ausbauen.

Soziale Marktwirtschaft

- 4.2. Unser wirtschaftlicher und sozialer Wohlstand ist nicht denkbar ohne die Kontinuität einer Politik, die durch ihre feste Bindung an die ordnungspolitischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, durch Zuverlässigkeit, Berechenbarkeit und Stabilität über Jahrzehnte hinweg Vertrauen geschaffen hat.

Dazu gehört die Partnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, die in der sozialen Marktwirtschaft verankert ist. Starke, demokratische Gewerkschaften sind wesentlich für das Funktionieren dieser Partnerschaft.

Neues Wachstum

- 4.3. Nach Jahren der Stagnation hat die Bundesregierung unter Führung von Helmut Kohl mit großem Erfolg die Wachstumskräfte der Wirtschaft neu belebt. Sie hat die gewaltige Neuverschuldung des Bundeshaushaltes zurückgeführt, von über 50 auf unter 25 Milliarden. Die Landesregierung hat die Neuverschuldung des Landes kräftig gesenkt. Damit wurde neuer Spielraum für öffentliche Investitionen geschaffen. Die Zinsen sanken. Die neuen Möglichkeiten zur Finanzierung von Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen sind voll genutzt worden - Rheinland-Pfalz hat die zweithöchste Investitionsquote aller Bundesländer.

Lohnerhöhungen bedeuten angesichts der erreichten Preisstabilität für die Arbeitnehmer und ihre Familien wieder mehr tatsächliche Kaufkraft. Massive Steuer-senkungen, deren zweiter Teil 1988 in Kraft tritt, unterstützen diese Entwicklung.

Erhöhung des Wohngeldes und des Kindergeldes, Einführung eines Erziehungsgeldes und von Kinderfreibeträgen haben die Kaufkraft vor allem in den Haushalten mit Kindern zusätzlich gefördert.

Aufschwung und
Arbeitsplätze

4.4. Diese Entscheidungen haben bewirkt, daß der wirtschaftliche Aufschwung jetzt schon im fünften Jahre anhält. Weit mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze wurde neu geschaffen. Endlich beginnen die Zahlen der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt und die Dauer der Arbeitslosigkeit in Teilbereichen zurückzugehen. Der Weg nach unten ist überwunden. Es geht weiter aufwärts.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist die wichtigste innenpolitische Aufgabe der nächsten Jahre. Dazu gehört die weitere konsequente Verbesserung der Rahmenbedingungen für stetiges wirtschaftliches Wachstum. Wir werden auch alle Förderinstrumente der Arbeitsmarktpolitik einsetzen, um Arbeitslose durch bessere Ausbildung wieder in Arbeit zu bringen oder sie vorübergehend zu beschäftigen, bis sie einen neuen, dauerhaften Arbeitsplatz gefunden haben.

Der Mittelstand, den wir nachhaltig fördern, kann durch seine starke Stellung in unserem Land viel zur Lösung des Arbeitslosenproblems beitragen.

Steuersenkung

- 4.5. Zu den notwendigen Rahmenbedingungen gehört die Stärkung der Finanzkraft der Betriebe. Wir treten ein für mehr Beschäftigung durch mehr Wachstum, für mehr Wachstum durch weniger Steuern. Wir wollen eine Verbesserung der Eigenkapitalausstattung vor allem des Mittelstandes, einen Abbau der bürokratischen Überforderung und die Senkung der hohen steuerlichen Belastung.

Wenn bis zu 70 % der erwirtschafteten Unternehmensgewinne durch Steuern abgeschöpft werden, ist für Investitionen aus eigener Kraft der Spielraum viel zu gering; gegenüber den ausländischen Konkurrenten tritt eine Wettbewerbsverzerrung ein.

Die CDU unter Bernhard Vogel tritt nachhaltig für eine deutliche Senkung der Steuerbelastung ein. Rheinland-Pfalz unterstützt die weitere Steuerentlastung sowohl für Lohn- und Einkommensteuerzahler wie für Betriebe im Umfang von 44 Milliarden DM.

Die CDU wendet sich mit allem Nachdruck gegen die Pläne der SPD und der Grünen, die schon heute im internationalen Vergleich extrem hohe Steuer- und Abgabenlast unserer Betriebe noch weiter zu steigern.

Wer das, was Unternehmer und Arbeitnehmer durch gemeinsame Arbeit erwirtschaften, in zu hohem Maß wegsteuern will, setzt die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und damit die Arbeitsplätze mutwillig aufs Spiel.

4.6. In Rheinland-Pfalz stellen sich neue, anspruchsvolle Aufgaben. Mit dem Rückenwind einer Aufwärtsentwicklung müssen Weichen für die Zukunft gestellt werden - nicht für wenige Jahre, sondern für Jahrzehnte.

Wir müssen

- Chancen für mehr Arbeitsplätze schaffen,
- die Grundlagen ausbauen für eine Erhaltung und Verbesserung der Wettbewerbsstärke unserer Wirtschaft,
- unseren materiellen und sozialen Wohlstand auch für die Zukunft sichern.

In allen hochentwickelten Ländern der Welt wird der technische Fortschritt in einem nie dagewesenen Tempo vorangetrieben. Die intensive Forschung in den naturwissenschaftlich-technischen Disziplinen beschleunigt die Neuentwicklung von Verfahren und Produkten, von Materialien und Dienstleistungen.

Unsere Lebensqualität beruht heute darauf, daß wir in der Vergangenheit am Fortschritt des Wissens entscheidend beteiligt waren. Auch für die Zukunft gilt: Wer sich dem technischen Fortschritt entzieht, setzt den Wohlstand künftiger Generationen aufs Spiel.

Stillstand bedeutet Rückschritt: Der Fortschritt wartet nicht auf Zögernde und Unentschlossene. Die Leistungsstärke unserer Wirtschaft beruht auf dem hohen Standard des technischen Wissens, auf wissenschaftlicher Forschung von höchstem Niveau, auf der Qualifikation und Erfahrung unserer Arbeitnehmer und auf hochwertigen

Produkten und Dienstleistungen, die überall in der Welt gefragt sind.

Zukunftssichere
Arbeitsplätze -
den Fortschritt
beherrschen

4.7. Vorrangiges Ziel bei der Förderung neuer Technologien ist für uns die Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze. Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Wohlstand können dadurch gesichert werden.

Aber die Erwartungen der Menschen richten sich nicht allein auf Wachstum und Wohlstand. Schutz der Umwelt, bessere Arbeitsbedingungen und moderner Gesundheitsschutz gehören heute ebenso zur Qualität des Lebens.

Der technische Fortschritt hat zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen beigetragen. Er kann aber auch die Menschen neuen Sachzwängen unterordnen.

Aus der Hoffnung auf eine bessere Zukunft wird oft unkritische Technikeuphorie, aus der Angst vor den Gefahren des Fortschrittes oft pessimistische Technikfeindlichkeit. Beides ist einseitig und nicht sachgerecht.

Die CDU will den technischen Fortschritt gleichermaßen wirtschaftlich nutzen wie menschlich gestalten. Wir wollen ihn an den Ergebnissen messen, an den Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Das heißt: Wir wollen technischen Fortschritt, aber wir wollen ihn beherrschen - in der Gentechnik wie in der Informationstechnik, in der Kernenergie wie bei anderen Großtechnologien.

Ein gutes Beispiel ist der Umweltschutz. Neue Technologien haben viele Gefährdungen erst erkennbar gemacht und eine gezielte Senkung der Schadstoffbelastung ermöglicht. Investitionen in neue Umwelttechnologien sind zudem ein bedeutender Wachstumsfaktor geworden. Aber es ist ein anderes Wachstum als früher: Ein qualitatives Wachstum, das rohstoffsparend, umweltverträglich und sozial verantwortlich ist.

Technologiepro-
gramm

4.8. Die CDU unter Bernhard Vogel will, daß der technische Fortschritt für Rheinland-Pfalz in vollem Umfang genutzt und ausgeschöpft wird.

Wir wollen

- den hohen Standard unserer Forschung erhalten und ausbauen,
- der Wirtschaft die Anwendung neuen Wissens erleichtern,
- dafür sorgen, daß die Arbeitsplätze in unserem Lande hochwertig und sicher sind, nicht nur heute, sondern auch morgen für die nachfolgende Generation,
- für eine sozial verträgliche Anwendung neuer Technologien eintreten.

Mit ihrem Technologieprogramm hat die Landesregierung einen zentralen politischen Schwerpunkt für die Zukunft gesetzt. Bernhard Vogel hat angekündigt, daß bis 1991 mehr als 300 Millionen DM zur Förderung der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien im ganzen Land eingesetzt werden sollen. Dieser neue Schwerpunkt der Politik bestimmt schon den Haushalt 1986/87.

Diese große und landesweite Anstrengung ist die eigenständige Antwort, die wir in der gegenwärtigen Umbruchsituation anbieten.

Das Programm fördert die Entwicklung neuer Technologien durch Stärkung der Grundlagenforschung an den Hochschulen. Es fördert zugleich die Entwicklungschancen der Wirtschaft im Bereich der neuen Technologien und ihrer Übertragung und sozial verträglichen Anwendung, vorrangig in zukunftssträchtigen Produktionsfeldern.

Genauso, wie wir modernste Technik für die Herstellung konkurrenzfähiger Produkte und Dienstleistungen brauchen, sind wir auf modernste Technik angewiesen zur Erhaltung und Modernisierung unserer Städte und Dörfer, der Häuser und Bauwerke und unserer Infrastruktur, aber auch bei der Nutzung von Energie, im Verkehrswesen und beim Aufbau eines modernen Kommunikationssystems.

- 4.9. Mit dem Technologieprogramm konzentrieren wir uns auf Bereiche, in denen sich unsere Hochschulen und andere Forschungseinrichtungen bereits durch hervorragende Arbeiten ausgewiesen haben. Wir müssen Schwerpunkte setzen, durch die wir neue und dauerhafte Wachstumsimpulse geben können. Davon profitiert unsere Wirtschaft, besonders der Mittelstand, weil ihm Ideen und Innovationen im eigenen Land betriebsnah zur Verfügung stehen.

Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen sind darauf angewiesen, daß Erkenntnisse der Grundlagenforschungen aus den Hochschulen in die Betriebe transferiert werden. Den mittelständischen Unternehmen fehlt häufig die

Möglichkeit, über produkt- und verfahrensbezogene Entwicklungen hinaus eigene Forschungsarbeit zu leisten. Der Ausbau der Grundlagenforschung in wirtschaftlichen Wachstumsbereichen dient daher vor allem der Wissensvermittlung an den Mittelstand.

Das Technologieprogramm fängt nicht bei Null an, sondern es kann das vorhandene hohe Niveau der Wissenschaft gezielt ausbauen. Wir können aufbauen auf einer Hochschulstruktur, die durch die Neugründungen alle Regionen des Landes und alle wesentlichen Wissensgebiete umfaßt. Die Hochschulen haben sich zu einem beachtlichen Wirtschaftsfaktor für unser Land entwickelt. Durch das Technologieprogramm, aber auch durch die Forschungsmittel, die unseren Hochschulen von Seiten der Bundesregierung, der Europäischen Gemeinschaft sowie der in- und ausländischen Industrie zufließen, werden auf vielen Gebieten neue Arbeitsplätze geschaffen.

Technolgietransfer
und Förderung der
Wirtschaft

4.10. Die CDU unter Bernhard Vogel will mit diesem Programm die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Wirtschaft unterstützen, ihre eigenen technischen Innovationen zu verstärken und den Start in neue Produkte und Techniken zu beginnen.

Das Programm wendet sich bei der Förderung der Wirtschaft vor allem an den Mittelstand, an die kleinen und mittleren Unternehmen, die aus eigener Kraft keine ständigen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen unterhalten können. Gute Grundlagen sind vorhanden, denn in vielen Bereichen sind wichtige Ansätze und ideenreiche Entwicklungen zu erkennen.

Wir helfen, wo Betriebe neue Technologie, zukunfts-trächtige Produkte und moderne Produktionsverfahren er-arbeiten, entwickeln und einsetzen wollen. Deshalb bauen wir die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Wirt-schaft in allen Regionen des Landes aus. Wir beschleuni-gen und verbessern den Informationsfluß zwischen Hoch-schulen und Unternehmen.

Wir bieten jungen Wissenschaftlern und Technikern Unter-stützung an bei der Verwertung ihres Wissens im eigenen Unternehmen. Wir haben in Kaiserslautern ein erstes Technologiezentrum aufgebaut. Junge, technologieorien-tierte Unternehmer können dort Erfahrungen mit der Selbständigkeit gewinnen. Ein zweites Zentrum entsteht in Mainz; Koblenz, Trier und Ludwigshafen werden folgen.

Die Förderung ist Hilfe zur Selbsthilfe, keine Dauer-subvention. Sie will Beratung, Information und Kontakt-anbahnung. Sie gibt ein Bündel flexibler, auf die spe-ziellen Bedürfnisse mittelständischer Unternehmen zugeschnittener Hilfen.

Export

- 4.11 Wir unterstützen die Wirtschaft bei ihrem Bemühen, ihre hohe Wettbewerbsfähigkeit auf allen Märkten der Welt nachzuweisen. Deshalb gibt das Land Hilfen und Impulse, um neue Absatzmärkte im In- und Ausland zu erschließen.

Wir fördern die Präsentation von Betrieben auf Messen und Ausstellungen. Wir stellen Kontakte her zum Ausland, vor allem auch zu den wachsenden Märkten in Asien und

Amerika. Wir fördern die Expansionsanstrengungen und beraten bei Geschäftsverbindungen im Ausland.

Mit einer Exportakademie in Worms wird ein weiterer Schritt getan, auch kleinen Unternehmen den Zugang zu Auslandsmärkten zu erleichtern. Diese Hilfen bleiben Anregungen und Starthilfen. Sie sollen notwendigen Strukturwandel fördern. Wir bevorzugen die Hilfe zur Selbsthilfe im Vertrauen darauf, daß unsere Unternehmen selbst am besten in der Lage sind, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern.

Neue Medien

4.12. Die neuen Technologien haben auch im Bereich von Presse, Hörfunk und Fernsehen neue Entwicklungen und Chancen eröffnet. Rheinland-Pfalz hat durch die Initiative von Bernhard Vogel in Deutschland für die "Neuen Medien" den politischen Durchbruch herbeigeführt. Unser Land ist in der Neugestaltung der Medienlandschaft vorangegangen. Privater Rundfunk in Konkurrenz zu öffentlich-rechtlichem Rundfunk ist durchgesetzt.

Das rheinland-pfälzische Versuchsgesetz war Vorbild für die Mediengesetze anderer Länder; Rheinland-Pfalz hat seine traditionelle Vorreiterrolle wie seinerzeit bei der Gründung des ZDF wahrgenommen.

Mit nunmehr 75.000 angeschlossenen Haushalten hat das Kabelpilotprojekt Ludwigshafen/Vorderpfalz bei der Bevölkerung großen Anklang gefunden. Es hat alle nationalen und internationalen Vergleichszahlen übertroffen und zur größten Angebotspalette in der Bundesrepublik Deutschland geführt.

Große, mittlere und kleine Anbieter strahlen lokale, regionale und bundesweite Programme, Kabelrundfunk, Satellitenrundfunk und drahtlosen Hörfunk aus.

Die CDU will den neuen Medienstandort Ludwigshafen auch nach Abschluß des Versuches sichern. Wir unterstützen und sichern die erfolgreiche Programmarbeit des "Bürger-service", einer Gemeinschaft aus überwiegend gemeinnützigen Veranstaltern, die mit ihren Sendungen keine wirtschaftlichen Vorteile anstreben.

Gleiches gilt für die Fortführung offener Kanäle. Wir haben eine Stiftung gegründet, die den privaten und gemeinnützigen Rundfunk in Rheinland-Pfalz fördert und die Entwicklung des Rundfunks fachkundig begleitet.

Die Presse soll am Wettbewerb und an den neuen technischen Möglichkeiten wirtschaftlich und journalistisch mitwirken. Schon im Versuch in Ludwigshafen/Vorderpfalz hat Rheinland-Pfalz gezeigt, wie man neue rechtliche, organisatorische und technische Programmstrukturen entwickeln kann. Die CDU wünscht Konkurrenz und bessere Programme, die Leistungsvergleiche aushalten.

Wir wollen den öffentlich-rechtlichen Rundfunk erhalten und weiterentwickeln. Aber privaten Anbietern müssen langfristig gleiche Chancen eröffnet werden.

Wir halten am Ziel einer einheitlichen Medienordnung für die Bundesrepublik Deutschland fest, auch wenn bisher fast alle Bemühungen von Hessen und seiner rot-grünen Koalition verhindert worden sind.

Eine nationale Medienordnung muß europäische Entwicklungen ausreichend berücksichtigen. Geschieht dies nicht, so wandern deutsches Kapital und deutsche Kreativität ins Ausland ab. Arbeitsmöglichkeiten für Fernseh- und Filmproduzenten verschlechtern sich und private Angebote werden zusätzlich von Nachbarstaaten aus gemacht.

Der Bürger soll nach seinem Bedarf und Wunsch frei, in kritischer Unterscheidung der Qualität, auswählen können. Die Fähigkeit zur Auswahl muß gelernt werden, zu Hause in der Familie und in der Schule, so wie Lesen und Schreiben gelernt werden muß.

Wie alle technischen Entwicklungen müssen die neuen Möglichkeiten verantwortungsvoll genutzt werden. Für uns stehen nicht Behinderung und Verbot im Vordergrund, sondern die Chance zur Auswahl, zur behutsamen Nutzung. Familie, Schule und Hochschule, aber auch Öffentlichkeit, gesellschaftliche Gruppen und Kirchen haben einen Beitrag zu leisten. Dem Schutz von Jugend und Familie kommt besondere Bedeutung zu.

Neue Technologien
und Bildung

- 4.13. Neue Technologien müssen von Menschen erlernt, sachkundig angewandt und verantwortungsbewußt beherrscht werden. Die Arbeitnehmer müssen auf die neuen Anforderungen vorbereitet werden. Dies beginnt in den Schulen und setzt sich in den Hochschulen, in der betrieblichen Ausbildung und in der Fort- und Weiterbildung fort.

In unseren Schulen müssen die notwendigen Grundkenntnisse vermittelt werden. An allen Schulen in Rheinland-

Pfalz wird in Zukunft im Rahmen der bestehenden Fächer eine informationstechnische Grundbildung vermittelt.

Über die Grundbildung hinaus sind Informatik in der gymnasialen Oberstufe, Datenverarbeitung sowie informationstechnische Fachbildung an Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachoberschulen seit Jahren bestehende Angebote. Sie werden ausgebaut. Dabei müssen Mädchen besonders gefördert werden, weil sie bisher größere Zugangsschwierigkeiten hatten.

Die Schule muß darauf achten, nicht nur Wissen und Fertigkeiten zu vermitteln, sondern das Erlernen des Umgangs mit neuen Technologien. Dies muß verbunden sein mit der Vermittlung von Urteilsfähigkeit, Aufgeschlossenheit, Wertbewußtsein und der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Uns in der CDU geht es darum, daß auch informationstechnisches Fachwissen in diesen größeren Zusammenhang eingeordnet wird, damit die Fähigkeit zur geistigen Orientierung in unserer Welt erhalten bleibt.

Was die Schule in der informationstechnischen Bildung vorbereitet, muß die berufliche Ausbildung fortsetzen. Allen Lehrlingen muß eine moderne und zeitgerechte Ausbildung an modernen Geräten und Anlagen in Betrieben und Schulen vermittelt werden. Wir haben überbetriebliche Ausbildungsstätten mit modernster Ausstattung unter großer Unterstützung des Landes errichtet, auch im Bereich der Informationstechnik, was vor allem kleinen und mittleren Unternehmen zugute kommt.

Die Fort- und Weiterbildung wird in den nächsten Jahren stark ausgebaut werden. Die Industrie- und Handelskam-

mern haben ebenso wie die Handwerkskammern bereits Fortbildungsprogramme entwickelt, die neue Technologien vorbildlich einbeziehen.

Mehr als die Hälfte aller Arbeitslosen hat keine abgeschlossene Berufsausbildung. Arbeitslosigkeit ist heute häufig auf nicht bedarfsgerechte Qualifikation und auf fehlende Angebote zurückzuführen. Eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung ist nur möglich, wenn erhebliche Anstrengungen gemacht werden, auch nachträglich noch berufliche Fähigkeiten zu vermitteln.

Frauen und neue
Technologien

- 4.14. Der Einsatz neuer Technologien eröffnet auch neue Chancen für Frauen im Beruf. Die CDU achtet darauf, daß diese Chancen genutzt und neue Benachteiligungen vermieden werden. Durch besondere Bildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen muß Frauen der Zugang auch zu qualifizierten Arbeitsplätzen, die durch neue Technologien entstehen, erleichtert werden.

Um neue Chancen besser zu nutzen, müssen alte Vorurteile überwunden werden, z.B. die Trennung in männliche und weibliche Berufe. Nur wenn die Arbeitsschwerpunkte Planen, Leiten, Konstruieren, Anwenden, Warten und Reparieren verstärkt auch für Frauen zugänglich gemacht werden, lassen sich Nachteile für Frauen vermeiden.

Gleichzeitig kann die Überwindung der Trennung von gewerblich-technischen und Dienstleistungsberufen dazu beitragen, Frauen den Eintritt in Berufe zu erleichtern, die bisher vorwiegend von Männern ausgeübt wurden.

Die CDU will den Zugang von Mädchen zur Informations-technik nicht nur in den Schulen, sondern auch in der beruflichen Ausbildung, in Fort- und Weiterbildung besonders fördern. Die Modellversuche "Mädchen in gewerblich-technischen Berufen" sollen fortgeführt und durch weitere Bildungsangebote ergänzt werden.

Die CDU fordert die Betriebe, Verwaltungen, Betriebsräte und Personalräte auf, ihren Mitarbeiterinnen den gleichen Zugang zu Weiterbildungsmaßnahmen bei Einführung neuer Technologien zu eröffnen wie den männlichen Arbeitnehmern.

Frauen, die nach einer längeren Berufsunterbrechung in das Erwerbsleben zurückkehren, brauchen besondere Hilfen. Schon während der Berufsunterbrechung können sie mit Weiterentwicklungen und Veränderungen im Beruf vertraut gemacht werden. Die Landesregierung hat Formen dieser fachlichen Überbrückung modellhaft erprobt; die Modelle können ausgeweitet werden und bieten große Chancen, Benachteiligungen abzubauen.

- 4.15. Technischer Fortschritt kann nur dann in wirtschaftliche Leistungskraft umgesetzt werden, wenn Unternehmer und Arbeitnehmer ihn akzeptieren. Vor allem viele Arbeitnehmer stehen technischen Neuerungen oft mit Skepsis und Mißtrauen gegenüber: Sie fürchten den Verlust ihres Arbeitsplatzes oder erhöhte Anforderungen, denen sie sich nicht gewachsen fühlen.

Arbeitnehmer und
neue Technologien

Die Sorge vor einer Überforderung ist allerdings oft unbegründet, denn viele Tausende von Arbeitnehmern haben den Umgang mit der neuen Technik bereits bewältigt.

Neue Techniken dürfen nicht gegen die Arbeitnehmer, sondern sie müssen mit ihnen eingeführt werden. Sie sollen bei der Entscheidung über Einsatz und Verwendung neuer Techniken beteiligt werden - das erfordert das Leitbild von der sozialen Partnerschaft. Wir werden uns dafür einsetzen, daß die Beteiligungsrechte von Betriebs- und Personalrat bei Einführung neuer Techniken verstärkt werden.

Neue Formen von Arbeitsverhältnissen, z.B. neue Formen der Teilzeit- und Heimarbeit, müssen grundsätzlich gleichwertigen Arbeitsschutzbestimmungen unterliegen wie herkömmliche Arbeitsplätze.

Kernenergie

- 4.16. Eine ausreichende Energieversorgung setzt gegenwärtig die Einbeziehung der Kernenergie voraus.

In der Bundesrepublik Deutschland ist - wie in keinem anderen Land - bei allen Kernkraftwerken mit äußerster Sorgfalt, größter Nachdenklichkeit und hohem Sicherheitsbewußtsein entschieden worden.

Die Risiken sind genau überprüft und Bau und Betrieb der Kraftwerke nach strengen Sicherheitsvorkehrungen gestaltet. Die Bundesrepublik Deutschland hat den am besten ausgebauten Sicherheitsstandard aller Länder. Wir wollen international den gleichen Standard durchsetzen.

Deshalb ist das russische Reaktorunglück vor allem Anlaß, diese Sorgfalt und Sicherheit weiter voll zu garantieren und ihr unzweideutig Vorrang zu geben. Die von der Sowjetunion immer wieder propagierte offene und vertrauensvolle Zusammenarbeit in Europa ist von ihr nicht bewiesen worden. Ihre Energiepolitik hat dem ökonomischen Vorteil auf Kosten der Sicherheit der Menschen Vorrang gegeben.

Weil wir Sorgfalt und Sicherheit allem anderen Nutzen übergeordnet haben, können wir zu unserer Entscheidung stehen, diese Energieart soweit und so lange wie nötig zu nutzen, auch bei uns in Rheinland-Pfalz.

Wir haben dafür gesorgt, daß das Kernkraftwerk in Mülheim-Kärlich mit einem Höchstmaß an Sicherheit ausgestattet worden ist. Wenn die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen dazu vorliegen und die erforderlichen technischen Sicherheitsauflagen erfüllt sind, können wir es verantworten, daß dieses mit Zustimmung aller Parteien des Landtags, auch der SPD, beschlossene Kraftwerk ans Netz geht. Wir werden damit unsere eigene Energieversorgung auf eine breitere und sicherere Grundlage stellen. Wir werden unser Land unabhängig machen von neuerlichen Ölkrisen und von einer Verknappung der fossilen Brennstoffe, die schon in wenigen Jahren für jeden spürbar sein wird.

Wir setzen für die Zukunft nicht allein auf die Kernkraft, aber wir müssen mit der Kernenergie die Zeit überbrücken, bis neue Möglichkeiten der Energieerzeugung eine ausreichende Versorgungssicherheit gewährleisten können. Wir fördern alternative und regenerative Energie. Wir müssen schon heute unser Wissen erweitern und neue

Erfahrungen gewinnen, wenn wir Sonnenenergie, Wasserkraft, Windenergie und nachwachsende Rohstoffe in 20 oder 30 Jahren einsetzen wollen, damit sie an die Stelle erschöpfter Öl- und Gasvorräte treten. Die Inbetriebnahme zweier neuer Laufwasserkraftwerke an der Lahn und die beabsichtigten Pilotprojekte zur Stromerzeugung aus Sonnenenergie sind Schritte auf diesem Weg in die Zukunft, auch, wenn diese Zukunft heute noch weit entfernt scheint.

Die weitere Diskussion unserer Energiepolitik muß auf lange Sicht ausgerichtet sein. Sie muß mit Verantwortung für die nächste Generation und für die Menschen in der Dritten Welt geführt werden, mit Sensibilität und Standfestigkeit. Nicht der, der Angst hat, ist dabei unser Gegner, sondern der, der Angst schürt.

EG-Agrarpolitik

5. Wirksame Hilfe zur Sicherung der Existenz unserer Bauern und Winzer
- 5.1. Eine verfehlte Agrarpolitik der EG hat die notwendigen Korrekturen verzögert und die Existenz der bäuerlichen Landwirtschaft aufs Spiel gesetzt.
Die Kosten der EG zur Stützung des Marktes steigen, aber sie kommen den Bauern kaum zugute.

Die Einkommen vieler Bauern und Winzer sind gesunken. In vielen Betrieben bleiben sie deutlich unter dem Durchschnitt der übrigen Wirtschaftszweige.

Wir halten der sozialliberalen Koalition vor, daß sie in den siebziger Jahren diese Fehlentwicklungen nicht erkannt und nicht rechtzeitig ein neues Konzept ent-

wickelt hat. Damals wären die Folgen für die Landwirtschaft wesentlich geringer gewesen.

Die SPD kann sich heute nicht als Retter der Landwirtschaft aufspielen, weil sie zu lange den falschen Weg gegangen ist.

Neuordnung

- 5.2 Die Europäische Gemeinschaft bringt uns viele Vorteile. Sie dürfen aber nicht einseitig auf Kosten der Bauern und Winzer gehen.

Wir wollen die Ernährungsgrundlage für unser Volk sichern und den ländlichen Raum kultiviert erhalten. Deshalb muß die Zukunft der bäuerlichen Familienbetriebe durch einen "Jahrhundertvertrag" gesichert werden. Was für die Kohle und die Bergarbeiter wichtig ist, gilt auch für die Landwirtschaft, für Bauern und Winzer.

Für die Neuordnung der Agrarpolitik in der Europäischen Gemeinschaft hat die CDU Rheinland-Pfalz folgende Ziele:

Die Markt- und Preispolitik muß die wesentliche Grundlage der Einkommenspolitik bleiben. Die Marktordnungen werden weiter gebraucht, um saisonale und konjunkturelle Markt- und Preisschwankungen auszugleichen; das ist ihre eigentliche Aufgabe.

Die CDU will Agrarpreise, die es den Landwirten erlauben, den wesentlichen Teil ihres Einkommens direkt zu erwirtschaften. Eine Preissenkung, wie sie die SPD zulassen will, lehnt die CDU ab. Sie würde insbesondere einen Wettlauf um hohe Produktionsleistungen auslösen

und den Ruin vieler, auch leistungsfähiger Betriebe bedeuten.

Überschüsse in der Produktion müssen EG-weit abgebaut werden, damit Spielraum für eine angemessene Preispolitik gewonnen wird.

Deshalb müssen

- neue Märkte und Verwendungsmöglichkeiten für Agrarerzeugnisse erschlossen werden,
- Produktionsalternativen insbesondere durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe (Faserpflanzen, Erzeugung von Stärke, Zucker und Öl) genutzt werden,
- extensive Bewirtschaftung, Flächenumwidmungen und mengenmindernde Maßnahmen wie die wechselnde Grünbrache gefördert werden.

Die EG-Agrarpolitik muß flexibler gestaltet werden, damit speziellen Problemen in den einzelnen Regionen mit gezielten Maßnahmen begegnet werden kann.

Die Rahmenbedingungen müssen so gestaltet werden, daß eine umweltfreundliche Landbewirtschaftung möglich wird. Die Anforderungen des Umweltschutzes an die Landwirtschaft (Artenschutz, Boden- und Grundwasserschutz, Sicherung von Erholungsräumen) können nicht angemessen über die Preise abgegolten werden. Der Beitrag der Landwirte zum Umweltschutz sowohl als aktive Pflegeleistung wie als Hinnahme von Nutzungsverzichten wird jetzt honoriert.

Solange die Agrarmärkte wesentliche Überschüsse aufweisen, sind die Möglichkeiten, mit Hilfe der Preispolitik ausreichende Einkommen zu erzielen, sehr begrenzt. Das Marktgleichgewicht kann aber nicht kurzfristig hergestellt werden.

Dies bedeutet, daß in der Zwischenzeit Einkommensübertragungen an die Landwirtschaft als Instrument der Einkommenspolitik verstärkt eingesetzt werden müssen. Auch unter günstigen Marktbedingungen bietet die Preispolitik nicht genügend Möglichkeiten, um kleinen und mittleren Betrieben, besonders auf ungünstigen Standorten, wirksam zu helfen. Darum müssen sie ebenfalls durch Einkommensübertragungen unterstützt werden.

Ein Beispiel ist die Anwendung des EG-Bergbauern-Programms:

Bereits 1986 wurden der Umfang der anspruchsberechtigten Gebiete und die Förderungskonditionen wesentlich erweitert. 425.000 ha und damit 60 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Landes sind in diese Maßnahme einbezogen worden, für die über 37 Mio DM aufgewendet worden sind. Wir streben darüber hinaus an, die Ausgleichszulage auf alle pflanzlichen Erzeugnisse auszudehnen und außerdem die bei der Abgrenzung entstandenen Härten zu beseitigen.

Neue Strukturpolitik

- 5.3. Wir in der CDU fordern eine Neuordnung der landwirtschaftlichen Struktur-, Sozial- und Steuerpolitik. Wir streben dabei folgende Ziele an:

Zentrale Aufgabe der Agrarstrukturpolitik ist die Erleichterung des Strukturwandels für bäuerliche Familienbetriebe. Die EG muß sich auf Rahmenrichtlinien beschränken.

Förderschwerpunkte müssen sein

- die Senkung der Produktionskosten und die Aktivierung der zwischenbetrieblichen Zusammenarbeit;
- die Anpassungsfähigkeit an die Marktentwicklung;
- die umweltgerechte Landbewirtschaftung sowie
- Flurbereinigung und Dorferneuerung.

Das für unser Land typische Nebeneinander von Voll-, Zu- und Nebenerwerbsbetrieben muß erhalten und weiterentwickelt werden.

Junge Landwirte sollen auch weiterhin ihre Betriebe zum Vollerwerbsbetrieb ausbauen können. Deshalb müssen Investitionen zur Kapazitätserweiterung bei Junglandwirten weiter gefördert werden.

Die CDU will eine Stärkung der landwirtschaftlichen Alterssicherung. Der sehr ungünstige Altersaufbau der Mitglieder der bäuerlichen Altersversicherung führt zu Finanzierungslücken. Sie werden durch einen verstärkten Bundeszuschuß ausgeglichen. Einkommensschwache Betriebe tun sich schwer mit den Sozialabgaben, deshalb haben wir sie durch höhere und zusätzliche Beitragszuschüsse entlastet.

Die Steuerpolitik muß die Sicherung angemessener bäuerlicher Einkommen und die Anpassung durch die Strukturpolitik unterstützen. In den nächsten Jahren muß die Herausnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen weiter

steuerlich erleichtert werden. Die Einkommenssteuerbelastung der Betriebe, deren Gewinne nach Durchschnittssätzen ermittelt werden, muß entsprechend der ungünstigen Einkommensentwicklung vermindert werden.

Agrarprogramm
Rheinland-Pfalz

- 5.4. Die CDU Rheinland-Pfalz will, daß es auch morgen Bauern und Winzer in unserem Land gibt. Darum hat sie zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bauern und Winzer ein "Agrarpolitisches Programm Rheinland-Pfalz" ausgearbeitet. Dieses Agrarprogramm ist vom Landtag gegen die Stimmen der SPD beschlossen worden und im Haushalt mit rd. 80 Millionen DM finanziert. Durch dieses Programm soll die Neuordnung der europäischen und der deutschen Agrarpolitik wirksam unterstützt und ergänzt werden.

Es ist unser Ziel

- die Marktposition der Erzeuger zu stärken;
- einkommensschwachen Haupterwerbsbetrieben, auch außerhalb der benachteiligten Gebiete, durch ein Existenzstützungsprogramm zu helfen; dafür werden allein 1986/87 rund 25 Millionen DM aufgewendet;
- Einkommenshilfen zur Förderung des Übergangs vom Haupt- zum Nebenerwerbsbetrieb bei einkommensschwachen Betrieben in den Anbaugebieten Mosel-Saar-Ruwer, Mittelrhein und Ahr zu geben;
- Junglandwirte in ausbaufähigen Betrieben zu unterstützen;
- den Anbau und die Verwertung nachwachsender Rohstoffe zu fördern;

- in landwirtschaftlichen Betrieben Investitionen zur Verminderung von Umweltbelastungen zu fördern;
- die Leistungen der Landwirte und Winzer für Naturschutz, Landschaftspflege und Grundwasserschutz zu honorieren;
- die Abgabenbelastung der Landwirte und Winzer spürbar zu verringern,
- zusätzliche gewerblich-industrielle Arbeitsplätze im ländlichen Raum, insbesondere in Gebieten mit ungünstiger Agrarstruktur zu schaffen.

Weinbau

5.5. Für den rheinland-pfälzischen Weinbau sind spezielle Schutz- und Hilfsmaßnahmen ergriffen worden. Einen Teil unserer Zielvorstellungen hat die Landesregierung bereits verwirklicht:

- Für Steillagen wurde ein besonderes Förderungsprogramm eingeführt, um die typische Landschaftskultur zu erhalten und Bewirtschaftungerschwernisse tragbar zu machen.
- Zur Stärkung des Rufes des deutschen Weines sind folgende Maßnahmen getroffen worden:
 - Verstärkung der Weinkontrolle.
 - Einrichtung einer Zentralstelle für Weinüberwachung.
 - Initiative zur Änderung des Bundes- und EG-Rechtes für besseren Verbraucherschutz und fairen Wettbewerb:

Schwerpunkte der angestrebten Rechtsänderung sind:

die Vereinfachung und Verbesserung des Bezeichnungs-
rechtes,
Verringerung der zugelassenen Behandlungsmittel und
-verfahren,
Einführung einer Höchstmengenregelung für Rück-
stände,
Verbesserung der Importkontrollen,
Angabe des Herkunftslandes bei Sekt,
Abschöpfung betrügerisch erlangter Gewinne.

- Die Absatzförderung wurde durch zusätzliche Mittel des Landes erweitert und vom Bund ebenfalls unterstützt.
- Die Kennzeichnung "Riesling-Hochgewächs" wurde zugelassen und ein gebietstypischer Moselwein eingeführt.

Weitergehende Schritte sind jedoch notwendig. Das Weinbauprogramm der CDU konzentriert sich auf folgende Ziele:

- Zur Verbesserung der Produktionsstruktur darf die Rebfläche nicht mehr wesentlich ausgedehnt, aber sie muß abgerundet werden; Flurbereinigung und planmäßiger Wiederaufbau sind fortzusetzen.
- Die eigenständigen Gestaltungsmöglichkeiten des Landes in der Weinbaupolitik zugunsten einer konsequenten Qualitätspolitik müssen erhalten bleiben.
- Die Zusammenfassung des Weinangebotes in Erzeugergemeinschaften wird weiter unterstützt.

- Eine qualitätsorientierte Mengenregulierung mit Überlagerungsmöglichkeiten muß eingeführt werden, wobei sichergestellt sein muß, daß der Erfolg nicht durch irreführende Bezeichnungen ausländischer Weine gefährdet wird. Eine Eingangs- und Ausgangskontrolle ist unerläßlich. Ein lagen- und betriebsbezogenes Rebflächenverzeichnis ist wichtige Voraussetzung für die Mengenregulierung.

Landwirtschaft
und Umwelt

- 5.6. Agrar- und Umweltpolitik der CDU verfolgen gemeinsam das Ziel, eine Landbewirtschaftung zu fördern, die
- die Bevölkerung ausreichend mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln versorgen kann,
 - die Leistungsfähigkeit des landwirtschaftlich genutzten Bodens auch langfristig sichert,
 - die Versorgung mit einwandfreiem Trinkwasser gewährleistet,
 - die Artenvielfalt von Flora und Fauna erhält,
 - die Vielfalt und Schönheit der Landschaft bewahrt.

Die Landwirtschaft wird künftig zunehmend zum Aufbau eines vernetzten Biotopsystems und zum Grundwasserschutz beitragen. Pflegeleistungen oder Nutzungsverzicht sind eine Leistung für die Allgemeinheit, die durch Ausgleichszahlungen honoriert wird. Die CDU hat die Rechtsgrundlage für die Zahlung eines Erschwernisausgleiches geschaffen. Auch bei Nutzungsbeschränkungen in Wasserschutzgebieten muß diese Regelung gelten.

Der integrierte Landbau ist Kernstück der umweltfreundlichen und zugleich wirtschaftlichen Landbewirtschaftung. Die landwirtschaftliche Beratung hat unter Nutzung

moderner Informationstechniken die Landwirte dabei zu unterstützen.

Arbeitsplätze im
ländlichen Raum

- 5.7. Rheinland-Pfalz hat schon bisher durch Umstrukturierung in den ländlichen Gebieten vorausschauend Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft geschaffen, besonders in der gewerblichen Wirtschaft. Die CDU wird diese Politik fortsetzen. Bei der Neuabgrenzung der Fördergebiete der "Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" müssen die Agrarstrukturprobleme besonders berücksichtigt werden. Die Landesregierung wird die Förderung durch ein zusätzliches Darlehensprogramm ergänzen; sie stellt durch ein Sonderprogramm Mittel zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur im ländlichen Raum bereit. Dabei werden Standorte berücksichtigt, an denen auch tatsächlich Chancen für die Ansiedlung neuer Betriebe bestehen.

Abgabentlastung

- 5.8. Produktionskosten in der Landwirtschaft müssen vermindert werden. Dazu gehört es auch, angesichts der Besonderheiten des landwirtschaftlichen Betriebes, die Abgabenbelastung im kommunalen Bereich zu senken. Das neue Kommunalabgabengesetz begrenzt Abgaben für landwirtschaftliche Betriebe fühlbar. Dazu gehören der Verzicht auf eine ausschließlich flächenbezogene Beitragsberechnung, die Möglichkeit der Verrentung einmaliger Beiträge auf längere Frist und Erleichterung bei der Stundung und Zinszahlung für landwirtschaftliche Betriebe.

Wald

- 5.9. Vierzig Prozent der Fläche des Landes ist mit Wald bedeckt. Er erfüllt eine entscheidende Funktion für die Erhaltung des Naturhaushaltes. Auch in Zukunft wird die Forstwirtschaft den Schutz von Boden, Biotopen und Grundwasser, die Erholungsmöglichkeiten und den volkswirtschaftlichen Nutzen als Leistungen für die Allgemeinheit erbringen.

Die Landesregierung hat vorausschauend Maßnahmen zur Stabilisierung und Förderung des Ökosystems Wald ergriffen und dafür rd. 100 Mio DM vorgesehen. Sie hat eine Forstliche Versuchsanstalt eingerichtet. Ihre ersten Erkenntnisse zeigen, daß besonders für Boden- und Grundwasserschutz weitere Maßnahmen erforderlich sind.

Wir wollen nachfolgenden Generationen einen ökologisch gesunden und ökonomisch leistungsfähigen Wald übergeben!

6. Lebens- und lebenswerte Städte und Dörfer

Regionale
Strukturpolitik

- 6.1. Jede Region unseres Landes hat ihren unverwechselbaren Charakter. Wir alle wollen diese Eigenart, die die Menschen prägt, erhalten. Gleichzeitig aber ist es unser Ziel, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebensbedingungen in allen Regionen unseres Landes gleichwertig zu gestalten. Vorstellungen, wie sie die SPD entwickelt hatte, alle Förderungen auf die struktur-

starken Gebiete zu konzentrieren, lehnt die CDU strikt ab.

Die CDU sieht es als die wichtigste Aufgabe unserer regionalen Strukturpolitik an, einen wirtschaftlichen Ausgleich zwischen den Regionen zu schaffen, ohne ihre Eigenart zu verändern.

Unser besonderes Augenmerk gilt dabei Gebieten, die durch strukturelle Probleme derzeit in ihrer Entwicklung beeinträchtigt werden. In Rheinland-Pfalz ist dies zur Zeit vor allem der Raum Pirmasens/Zweibrücken. Er ist von der schwierigen Lage der Schuhindustrie betroffen. Die Landesregierung hat mit einem 10-Millionen-Programm eine Hilfe angeboten. Sie wird durch langfristige Strukturhilfen ergänzt. Sie wollen sowohl die Wettbewerbsfähigkeit der Schuhindustrie festigen als auch neue Impulse für den ganzen Raum geben. International erfahrene Berater werden hierzu ein mehrstufiges Gesamtprogramm entwickeln.

Infrastruktur

- 6.2. Unter Führung der CDU hat das Land schon viel erreicht: Gute Verkehrsverbindungen zu den europäischen Wirtschaftszentren, überregionale Verbindungen und regionale Erschließungen, viele Industrieansiedlungen sowie ein dichtes Netz von Infrastruktureinrichtungen im wirtschaftsnahen, im kulturellen, im sozialen und Freizeitbereich. Dies alles hat zu einem spürbaren Abbau des Gefälles der Lebensbedingungen zwischen den verschiedenen Regionen geführt.

Von fast jedem Wohnort aus können heute in zumutbarem Zeitaufwand zwei voll ausgestattete städtische Zentren erreicht werden - meistens sind es sogar mehr.

Allein in den Jahren 1979 bis 1985 wurden 2,5 Milliarden DM für den Ausbau der Schulen und Hochschulen, für Kultur- und Sozialeinrichtungen, für Sport- und Freizeitanlagen, Wohnungen und Wasserbaumaßnahmen sowie andere Infrastruktureinrichtungen ausgegeben.

Zusätzlich wurden im gleichen Zeitraum 1,3 Milliarden DM Fördermittel wirtschaftlich schwach strukturierten Gebieten zur Verfügung gestellt. In den regionalen Aktionsprogrammen Mittelrhein-Lahn-Sieg, Eifel-Hunsrück und Westpfalz wurden mit dieser Förderung Impulse für Investitionen in Höhe von fast 7 Milliarden DM ausgelöst. Über 25.000 neue Arbeitsplätze wurden dadurch geschaffen; 28.000 gefährdete Arbeitsplätze konnten gesichert werden.

Es gibt einen augenfälligen Beweis für den Erfolg dieser langfristig angelegten und erfolgreichen Politik der CDU, einen Ausgleich zwischen den Regionen herbeizuführen: Das Gefälle im Niveau der Arbeitslosigkeit zwischen wirtschaftsstarken und strukturschwächeren Regionen in Rheinland-Pfalz ist wesentlich kleiner geworden. Im Vergleich mit anderen Ländern ist der Abstand zwischen Gebieten mit hoher und niedriger Arbeitslosigkeit sehr gering, ganz abgesehen davon, daß das Niveau der Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz bereits seit 1981 unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

- 6.3. Die erfolgreiche Politik zur Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Landesteilen werden wir fortsetzen. Seit Mitte 1985 können Regionalförderung und Technologieförderung gleichzeitig eingesetzt werden. Zum ersten Mal besteht die Chance, daß der Einsatz neuer Technologien in strukturschwächeren Gebieten besonders gefördert werden kann.

Dazu gehören vor allem die Gebiete, die wegen ihrer Lage an den Grenzen, der dünnen Besiedlung, ihrer einseitigen Wirtschaftsstruktur oder militärischer Belastungen besondere Hilfen brauchen. Gerade dort werden wir gezielt und aufeinander abgestimmt sowohl die Infrastruktur weiter ausbauen, Betriebe, Bauern und Winzer fördern und die Städte und Dörfer bei der Ortserneuerung unterstützen. Dazu werden wir das mit großer Resonanz begonnene Programm zur Dorferneuerung und die Städtebauförderung fortführen. Sie werden als Instrumente der Siedlungsstrukturpolitik und der Erhaltung unserer Kulturlandschaft ausgestaltet. Darüber hinaus hat die CDU in Bonn ein Sonderprogramm für die Gebiete gefordert, in denen mehrere strukturelle Nachteile zusammenreffen, wie z.B. im Raum Pirmasens, in Teilen der Eifel, im Nahe-Hunsrück-Raum und an Mosel, Saar und Ruwer. Wir verlangen für diese Gebiete zusätzliche Hilfen, wie sie auch andere Gebiete mit besonderen Strukturproblemen, z.B. an der Küste erhalten.

- 6.4. Von zentraler Bedeutung für das Flächenland Rheinland-Pfalz und seine Wirtschaft bleiben gute Verkehrsverbindungen zu den europäischen Märkten und den benachbarten Regionen. Aber auch innerhalb der Regionen müssen

Arbeitsplätze und Infrastruktureinrichtungen gut erreichbar sein.

Für den Fernverkehr hat die Schließung der noch bestehenden wenigen Lücken des gut ausgebauten Autobahnnetzes ebenso Priorität wie ein leistungsfähiges Schienennetz, das auch die Hochgeschwindigkeitszüge der Zukunft aufnehmen kann.

Engpässe bestehen vor allem dort, wo der Durchgangsverkehr noch durch unsere Städte und Dörfer fließt. Hier ist die Umweltbelastung am größten und für die betroffenen Anwohner oft unerträglich. Wir wollen darum dort weiter Umgehungsstraßen bauen, wo sie den Verkehrsfluß erleichtern und die Umweltbelastung für die Bürger verringern.

Wichtig ist für die CDU ein noch stärkerer Verbund der Verkehrsträger mit dem Ziel, ein auf die Verhältnisse in Rheinland-Pfalz ausgerichtetes kombiniertes Verkehrssystem zu entwickeln.

Den Güter- und Personenverkehr auf Straße und Schiene, den öffentlichen Personennahverkehr in Kombination von Schiene, Bus- und Individualverkehr, den regionalen Luftverkehr und unsere Wasserstraßen werden wir in Ergänzung zueinander nutzen und weiterentwickeln.

Vorarbeiten für ein solches Verbundsystem der Verkehrsträger sind geleistet.

Besonders wichtige neue Schwerpunkte sind:

- Die schienengebundenen Fernverkehrsachsen müssen dem Stand der Technik angepaßt werden, um dauerhaft eine Einbindung unseres Landes in ein europäisches Schienennetz zu gewährleisten.
- Wir fordern nachdrücklich die linksrheinische Schnellverkehrsstrecke über Koblenz und Mainz und die Planung der Strecke Metz-Ludwigshafen; eine Schnellverkehrsstrecke durch den Westerwald lehnen wir ab.
- Das Zubringer- und Nahverkehrsnetz darf nicht nur vorhandenen Verkehrsströmungen Rechnung tragen, sondern es muß sich auch an strukturpolitischen Notwendigkeiten orientieren.
- In allen Regionen sind weiterführende kombinierte Konzepte für den öffentlichen Personennahverkehr in Arbeit oder in Durchführung.

Diese Zielsetzungen unterstützt auch die im Frühjahr 1986 zwischen dem Land Rheinland-Pfalz und der Deutschen Bundesbahn abgeschlossene Vereinbarung. Sie hat eine neue Phase konstruktiver Zusammenarbeit zwischen dem Land und der Bundesbahn eingeleitet. Sie ist Teil des Gesamtkonzeptes des Landes über die Rolle der Bahn in Rheinland-Pfalz. In der Vereinbarung stehen die Erhaltung und der Ausbau der Hauptverkehrsstrecken und die Sicherung eines strukturpolitisch notwendigen Streckennetzes der Bahn im Vordergrund. Sie sichert dem Land Rheinland-Pfalz und den Gebietskörperschaften des Landes ein Mitplanungsrecht, Mitsprachemöglichkeiten und Einfluß auf die Entscheidungen der Bundesbahn.

Kommunikations-
dienste

- 6.5. Die klassischen Verkehrsmittel Schiff, Eisenbahn und Auto haben in der Vergangenheit die Dynamik des wirt-

schaftlichen Fortschrittes in Gang gebracht. Morgen werden die klassischen Nachrichtenmittel, zum Beispiel das Telefon, mit der Datenübertragung einschließlich elektronischer Datenverarbeitung zur Telematik zusammenwachsen. Sie werden einen dynamischen Innovationsschub entfalten.

Die Telematik verändert die Industriegesellschaft zur Informationsgesellschaft. Über die Hälfte der Erwerbstätigen ist heute schon in Informationsberufen tätig oder hat mit Informationsverarbeitung zu tun. Im Zuge dieser neuen Entwicklung muß eine landesweite Infrastruktur im Bereich der Telekommunikation aufgebaut werden.

Wir werden dafür sorgen, daß gerade in den peripheren und strukturschwachen Gebieten die Dienste der Telekommunikation in Anspruch genommen werden können. Die neuen Kommunikationsdienste eröffnen die Chance, Entfernungen zu überbrücken und damit Nachteile in ihrer Wirkung zu verringern. Die Landesregierung hat einen Entwicklungsplan für die Infrastruktur der Telekommunikation in Auftrag gegeben.

Städte und
Gemeinden

- 6.6. Die CDU hat in den vergangenen Jahren der Eigenständigkeit von Städten und Gemeinden zunehmend mehr Spielraum gegeben; sie wird ihre Bemühungen in dieser Richtung fortsetzen. Ziel ist eine Kommunalpolitik mit neuer Qualität, in der mehr eigenständige und ortsnahe Entscheidungen der Kommunen möglich sind und die jede Gemeinde ermuntert, ihr eigenständiges Gesicht, ihren besonderen Charakter zu entwickeln.

Diese selbstbewußte Ausprägung der Gemeinden legt Eigenarten frei, die der Bevölkerung Gemeinschaftsbe-
wußtsein vermitteln, Mut zur eigenen Gestaltung machen
und zur Vielfalt der Regionen und Landschaften des
Landes beitragen. Nur dort, wo Städte und Gemeinden ihr
eigenständiges Profil besitzen, erlebt der Bürger die
Landschaft als Heimat, mit der wir uns identifizieren
und die in ihrer Vielgestaltigkeit den Charakter unseres
Landes ausmacht.

Stadterneuerung

- 6.7. Die strukturelle Erneuerung unserer Städte ist für die CDU sehr wichtig. Das Städtebauförderungsprogramm ist erweitert worden und wird vom Land fortgesetzt. Die Aufgaben der Stadterneuerung müssen sich konzentrieren auf die Entwicklung gesunder Wirtschaftsstrukturen mit einem ausreichenden Angebot an Arbeitsplätzen, auf ein Dienstleistungsangebot von hoher Qualität und auf die Sicherung individueller Wohn- und Lebensmöglichkeiten bei dichter Besiedlung. Daneben steht die Stadterneuerung als Denkmalpflege und Sicherung gewachsener Stadt-
kerne, die zu ihrer eigentlichen Funktion zurückfinden müssen, Arbeitsraum, Freizeitraum und Kommunikationszentrum der Bürger zu werden.

Dorferneuerung

- 6.8. Der Dorferneuerung gibt die CDU die gleiche Bedeutung. Dörfer und kleinere Städte im ländlichen Raum sollen nicht die Großstädte nachahmen. Sie sollen ihren eigenen Charakter behalten und entwickeln. Die ländliche Siedlungsstruktur muß als solche erhalten werden. Beschäftigung und wirtschaftliche Betätigung muß neben Wohnen und Erholen in örtlicher Nähe möglich bleiben.

Die Dorfkerne bedürfen der Erneuerung und Neugestaltung auf der Basis des Vorhandenen. Nur so kann dörfliche Gemeinschaft gebildet, Heimat empfunden und die Lebensqualität unseres ländlichen Raumes so wiederhergestellt werden, daß seine Attraktivität gleichrangig neben der Attraktivität der großen Städte steht.

Erlebbare
Geschichte

- 6.9. Zu unseren Städten und Dörfern gehört die konkrete, erlebbare Geschichte und die Pflege der Denkmäler. Es geht nicht nur um die öffentlichen Denkmäler. Es geht auch um das, was im privaten Raum der Bürger, der Geschichte der Familien, der Betriebe, der Wohn- und Arbeitsstätten bewahrt wird. Die Pflege ihrer geschichtlichen Eigenständigkeit gibt unseren Dörfern und Städten ihr unverwechselbares Bild; ohne Pflege des historisch Gewordenen verlieren sie ihr Profil, werden uniform und mausgrau. Wir müssen die Kraft zur Pflege des Gewachsenen haben, damit die Bereitschaft zum eigenen Profil und zur offenen und eigenständigen Gestaltung der Zukunft gewährleistet wird.

Denkmalpflege

- 6.10. Bewußtsein und Sensibilität für Denkmalpflege haben sich in den letzten Jahren sprunghaft entwickelt; leider ist sie noch nicht für alle zur Selbstverständlichkeit geworden. Die Aufmerksamkeit konzentriert sich zu oft auf Prestigeobjekte und vernachlässigt den Wert überkommener Dokumente des Alltages.

Die CDU wird beides miteinander verbinden. Wir werden dort helfen, wo das private Engagement zur Erhaltung

denkmalwerter Objekte groß ist, die finanziellen Möglichkeiten aber nicht ausreichen.

Rheinland-Pfalz hält alle Denkmäler in einer umfassenden Denkmaltopographie fest. Diese Erfassung wird allen Behörden die Arbeit erleichtern, zugleich aber zur Förderung des Denkmalpflegegedankens in der Breite in besonderem Maße beitragen.

Ausstellungen

- 6.11. Nacherlebte Geschichte, auch einzelner Perioden, muß durch besondere Ausstellungen zugänglich gemacht werden. Wir werden fortsetzen, was wir anläßlich der Rheinland-Pfalz-Tage in Koblenz, Trier und Worms begonnen haben. Die jährlichen Landesausstellungen werden 1990 einen Höhepunkt mit der Salier-Ausstellung in Speyer finden. Wir werden damit die Zeit des 11. und 12. Jahrhunderts, in der Teile des Landes im Mittelpunkt der deutschen Geschichte standen, für Hunderttausende zugänglich machen.

Solidarität und
Subsidiarität

7. Soziale Gerechtigkeit sichern

- 7.1. Die Sozial- und Gesellschaftspolitik der CDU orientiert sich an einer Gesellschaftsordnung, die auf menschliche Würde, Freiheit und Mitverantwortung angelegt ist. Solidarische Hilfeleistung in der Gemeinschaft steht im Vordergrund. Staatliche Versorgung hat ergänzende und unterstützende Aufgaben.

Wir orientieren uns nicht an Gruppen oder Klassen, sondern am einzelnen Menschen in seiner persönlichen Lebenssituation und seiner sozialen Umgebung. Das fordert eine Absage an Einheitsleistungen und den Aufbau eines flexiblen und unterschiedlichen Angebotes von Hilfen.

Die Stärkung des Gedankens der Subsidiarität bedeutet Vertrauen auf die Eigenverantwortung und Hilfe zur Selbsthilfe. Das gilt für den einzelnen Menschen, der der Hilfe bedarf, wie für die kleinen Gemeinschaften, allen voran die Familie. Sie kann ihrerseits Hilfe und Unterstützung gewähren.

Familienpolitik

- 7.2. Ehe und Familie haben sich als beständigste Formen menschlichen Zusammenlebens erwiesen. Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes; es verpflichtet den Staat, sie in besonderer Weise zu fördern.

Wir haben einen Neubeginn in der Familienpolitik eingeleitet. Familien werden - neben dem Kindergeld von über 14 Milliarden DM - jährlich mit 10 Milliarden DM gezielt gefördert, damit Kinder zu haben in Deutschland nicht gleichbedeutend mit sozialem Abstieg ist.

Der Familienlastenausgleich ist durch Kindergeld, Steuerfreibeträge und Kindergeldzuschlag für geringer Verdienende wesentlich erweitert und sozial gerechter ausgestaltet worden.

Im Mittelpunkt der neuen Familienpolitik stehen die Einführung eines neuen Erziehungsgeldes, der Erziehungs-

urlaub und die Anerkennung von Erziehungszeiten in der Rentenversicherung. Wahlweise können diese Leistungen auch von den Vätern beansprucht werden. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag für mehr Partnerschaft in der Familie. Unser Ziel ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, daß Mütter oder Väter sich ohne zu große finanzielle Belastungen in den ersten drei Jahren der Erziehung der Kinder widmen können.

Auch für ältere Frauen ist die Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Rentenversicherung jetzt gesichert.

Bis 1990 werden für alle Mütter Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung anerkannt.

Frauen, die sich den Aufgaben in der Familie widmen, stehen mit ihrem Einsatz gleichwertig neben berufstätigen Frauen und werden nicht mehr benachteiligt.

Durch das von der CDU unter Bernhard Vogel geschaffene Landesprogramm eines Familiengeldes für Familien mit mindestens drei Kindern bekommen diese Familien Erziehungsgeld für ein zweites Jahr. Wir setzen uns dafür ein, daß der Bund seine Leistung auf zwei Jahre erweitert, damit unser Programm ein drittes Jahr fördern kann.

Die Landesstiftung "Familie in Not" hat sich zusammen mit der Bundesstiftung "Mutter und Kind" zu einem wirksamen Instrument entwickelt. Sie unterstützen in finanzielle Not geratene schwangere Frauen und junge Familien. Sie erleichtern die Entscheidung für das Kind. Unser familienpolitisches Angebot wird ergänzt durch

ein ortsnaheß und flächendeckendes Netz an Kindergärten mit hoher pädagogischer Leistungsfähigkeit.

Ältere
Menschen

- 7.3. Wenn die CDU die Lebenskraft der Familie stärkt, wird diese auch in die Lage versetzt, älteren Menschen, die das wollen, das Zusammenleben in der Familie zu erleichtern. Es ist eine zentrale Aufgabe, den älteren Menschen ihre Selbständigkeit zu erhalten und ihr Selbstbewußtsein zu stärken. Wir sorgen dafür, daß die Renten sicher sind und pünktlich gezahlt werden.

Unsere Politik will helfen, daß ältere Menschen das Alter als einen neuen Lebensabschnitt begreifen können. Um die Zukunft zu gestalten, brauchen wir die freiwillige Mithilfe unserer älteren Mitbürger, gerade weil viele früher als sonst in den Ruhestand treten. Die Allgemeinheit braucht ihr aktives Engagement.

Die CDU wird sich in den kommenden Jahren um eine Ergänzung und Erweiterung der aktiven Beschäftigungsmöglichkeiten für die älteren Mitbürger bemühen. Gerade die jetzt aus dem Berufsleben ausscheidenden Mitbürger hatten in den Aufbaujahren vielfach wenig Möglichkeiten, ihren Neigungen und Interessen nachzugehen. In der Förderung solcher Aktivitäten stellen sich Aufgaben, die zusammen mit den Kommunen und den Trägern der Erwachsenenbildung zu bewältigen sind.

Wir werden die Pflegebereitschaft vieler Familien, die nach wie vor groß ist, stärken und fördern. Wie die Erziehung der Kinder ist die Pflege älterer Angehöriger

in der Familie eine Aufgabe, die den Leistungen im Beruf gleichzustellen ist.

Ein wichtiger Schritt hierzu war die Einführung eines flächendeckenden Netzes von Sozialstationen. Von großer Bedeutung ist darüber hinaus die Pflegesicherung im Alter, für die vom Land Rheinland-Pfalz ein Gesetzentwurf ausgearbeitet wurde. Familien, die ältere Angehörige pflegen, sollen durch ein differenziertes und finanziell abgesichertes System der Pflegehilfe unterstützt werden. So soll etwa die Pflegeleistung durch die Übernahme von Beiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung anerkannt werden.

Wir haben den pflegebedürftigen älteren Menschen, die trotz der Pflegebereitschaft der Familien und der ambulanten Hilfsmaßnahmen zu Hause nicht mehr ausreichend versorgt werden können, in Zusammenarbeit mit den Kommunen und den freien Trägern ein bedarfsgerechtes Angebot an Heim- und Pflegeplätzen bereitgestellt. Auch weiterhin werden wir bei der Förderung der stationären Altenhilfe ein besonderes Augenmerk auf die Einrichtung von Pflegeplätzen und die Bereitstellung von Kurzzeitpflegeplätzen haben.

Frauenpolitik

- 7.4. Die CDU in Rheinland-Pfalz will die Gleichberechtigung der Frau in allen Lebensbereichen. Um diesen Prozeß zu beschleunigen, hat die Landesregierung eine "Leitstelle für Frauenfragen" eingerichtet. Sie wird von einer "Landesbeauftragten für Frauenfragen" geleitet. Als erstes Bundesland hat Rheinland-Pfalz Leitlinien zur beruflichen Förderung von Frauen im Landesdienst beschlossen.

Die CDU ist davon überzeugt, daß das Ziel einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht nur erreicht werden kann, wenn Frauen in allen Bereichen an verantwortlicher Stelle mitwirken. Die Verwirklichung der Gleichberechtigung und ein neues Verständnis von Partnerschaft bedeuten, daß Mann und Frau sich gegenseitig in ihrem Eigenwert anerkennen, füreinander verantwortlich sind und ihre Aufgaben innerhalb und außerhalb der Familie gleichberechtigt vereinbaren. Mann und Frau leisten eigene, gleich wichtige Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher und politischer Probleme.

In Bezug auf die Arbeitswelt bedeutet dies, daß Mann und Frau für die gleiche Arbeit bei gleichwertiger Qualifikation die gleiche Entlohnung erhalten müssen. Außerdem müssen Frauen bei der Besetzung von leitenden Positionen künftig mehr berücksichtigt werden.

Christlich-demokratische Politik will Wahlfreiheit für Frauen und Männer. Sie will die Voraussetzungen dafür schaffen, daß ihnen in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesellschaftlichen Bereich die gleichen Möglichkeiten zur Gestaltung ihres Lebens offenstehen. Dazu gehört auch, daß Mütter und Väter durch familienergänzende erzieherische Hilfen wie Tagespflegestellen, Kindergärten und Kinderhorte unterstützt werden. Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, daß die Öffnungszeiten die beruflichen Verpflichtungen der Eltern berücksichtigen.

Es ist an der Zeit, daß sich die Arbeitswelt verstärkt an der Lebenssituation der Arbeitnehmer und ihrer Familien orientiert. Arbeitszeiten und Arbeitsabläufe

müssen flexibler gestaltet werden, damit die Arbeiten in Familie und Beruf leichter zu vereinbaren sind. Teilzeitarbeitsplätze und Arbeitsplatzteilung müssen verstärkt angeboten werden. Das Land wird mit gutem Beispiel vorangehen.

Jugendpolitik

- 7.5. Ein wichtiger Schwerpunkt ist für die CDU die Verbesserung der beruflichen Chancen Jugendlicher am Arbeitsmarkt.

Das erste Ziel, allen Jugendlichen durch eine große Anstrengung der Wirtschaft und des Handwerks eine qualifizierte Ausbildung zu vermitteln und ihnen den Eintritt ins Arbeitsleben zu ermöglichen, ist nahezu erreicht. Noch nie wurden so viel Ausbildungsplätze bereitgestellt. Fast allen Jugendlichen konnte eine Ausbildungschance gesichert werden.

Damit nach der Ausbildung der Eintritt der Jugendlichen in das Berufsleben gelingt, bieten wir in Rheinland-Pfalz neue Hilfen an, z.B. eine eigene Anschlußförderung.

Jugendpolitik dient sowohl der Familie wie der Freizeitgestaltung der Jugendlichen, der außerschulischen Jugendbildung, dem Jugendschutz und der Jugendhilfe.

Ehrenamtliche Mitarbeiter leisten viel Jugendarbeit in Kirchen, Verbänden und Vereinen; diese ehrenamtliche Arbeit ist in der vergangenen Legislaturperiode durch die Politik der CDU aufgewertet und erstmals mit erhöhten Mitteln des Landes gefördert worden. Haupt-

amtliches und ehrenamtliches Element in der Jugendarbeit müssen sich ergänzen.

Die CDU wird die Unterstützung für ehrenamtliche Mitarbeiter in der Jugendarbeit weiterentwickeln und damit Verbänden und Vereinen die Möglichkeit geben, sich verstärkt um nicht organisierte Jugendliche zu kümmern. Auch das Engagement der Kommunen, besonders in ländlichen Bereichen, sollte erweitert werden, insbesondere durch das Angebot von Jugendgruppenräumen.

Behinderte

- 7.6. Behinderte Menschen sind Teil unserer Gesellschaft. Sie brauchen in besonderem Maße unsere Solidarität, aber auch unsere Fürsorge. Sie ist Verpflichtung für den Staat, die Kommunen, Kirchen und Wohlfahrtsverbände, vor allem aber für jeden einzelnen. Unser Anliegen ist es, möglichst allen behinderten Mitbürgern ein selbst gestaltetes Leben zu sichern.

Nach dieser Zielsetzung sind in der Vergangenheit in Rheinland-Pfalz vielseitige und abgestimmte Hilfen und Einrichtungen zur Förderung, Betreuung und Pflege von Behinderten entstanden. Dieses System der Hilfen muß weiter ausgebaut werden. Wir müssen auch unsere Anstrengungen fortsetzen, die Mobilität der Behinderten durch eine behindertengerechte Umwelt zu verbessern. Wir wollen dem Entstehen von Behinderungen und ihren Auswirkungen durch vorbeugende Maßnahmen, wie z.B. der Früherkennung und Frühförderung entgegenwirken.

8. Fortschritte in Erziehung und Ausbildung, in Lehre und Forschung

Bildungswesen

8.1. Die Lebenschancen der Menschen hängen entscheidend von einem leistungsfähigen Bildungswesen ab. Gute Bildung ist die beste Investition für jeden Einzelnen und für die Zukunft des Landes.

Der Einzelne muß fähig werden, ein eigenständiges, sinnerfülltes Leben zu führen, orientiert an sittlichen Maßstäben, Lebenstüchtigkeit und Fähigkeit zur Verantwortung..

Dies erfordert

- Aufgeschlossenheit gegenüber dem Fortschritt an Wissen,
- konstruktive Nutzung von Wissenschaft und Technik, von handwerklicher und beruflicher Fähigkeit und Fertigkeit zur Lösung alter und neuer Probleme,
- Grundbildung, die sich nicht im Spezialistentum verliert, sondern den Überblick sichert und die Bereitschaft entwickelt, Phantasie, Mut und Kenntnisse auch für das Gemeinwohl einzusetzen.

Das Bildungswesen braucht gerade in einer offenen Informations- und Mediengesellschaft mit ihren vielen heimlichen "Miterziehern" vielfältige Unterstützung und hilfreiche Partner, die sich auch um eine Übereinstimmung in pädagogischen Grundfragen bemühen und sich von dem in der Verfassung niedergelegten Konsens über die gemeinsamen Werte leiten lassen. Die politische Verantwortung für Schule und Hochschule gehört in eine Hand.

Zusammenarbeit
in der Bildungs-
politik

- 8.2. Wichtigster Partner der Bildungspolitik sind die Eltern. Sie erwarten mit Recht,
- daß das Bildungswesen ihr Kind in seinen besonderen Fähigkeiten und Möglichkeiten, aber auch in seinen Schwierigkeiten erkennt, annimmt und so individuell wie möglich fördert,
 - daß das Bildungswesen eine Wahl der für das Kind richtigen Schule zuläßt,
 - daß auch für freie Schulträger Spielraum gegeben ist, eigene Formen von Bildung, Erziehung und Unterricht zu entwickeln.

Die Übereinstimmung und die Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule, Lehrern, Schülern und Eltern ist in Rheinland-Pfalz außerordentlich gut, wir haben keine Kämpfe zwischen Elternverbänden und Staat, wir haben Schulfrieden in unserem Land.

Arbeitsbedingungen
der Schule

- 8.3. Die Arbeitsbedingungen der Schule haben sich in den letzten zehn Jahren entscheidend verbessert. Kleiner werdende Klassen gefährden in unserem Lande nicht den Bestand des Schulwesens. Es bleibt in allen Landesteilen ein dichtes Angebot.

Kleiner werdende Klassen werden als pädagogische Chance genutzt,

- um gezielter auf das einzelne Kind einzugehen,
- den sozialen Zusammenhalt und das soziale Lernen zu fördern.

Gestaffte Lehrpläne sichern eine solide Grundbildung. Sie läßt Zeit zur Vertiefung und zur Wiederholung nach Entscheidung des Lehrers.

Sie sichern den pädagogischen Freiraum für fächerübergreifende, auch künstlerische Aktivitäten. Das unmittelbare politische und wirtschaftliche, kulturelle und soziale Erfahrungsumfeld der Schule kann dabei mit einbezogen werden. Intensivierte Lehrerfort- und Weiterbildung hält die Schule offen für neue Aufgaben und Arbeitsweisen.

Gegliedertes
Schulwesen

- 8.4. Die Gliederung in Schularten hat sich bewährt; das gegliederte Schulwesen ist auch in Zukunft Grundlage der rheinland-pfälzischen Schulpolitik. Die SPD würde die stetige Entwicklung abbrechen und das bewährte System abschaffen - wir brauchen keine neue Reform der Schulorganisation.

Eigenständige Schularten ermöglichen die gezielte Förderung der Begabungen und Neigungen. Jedes Kind kann lernen, was es unter Einsatz der persönlichen Fähigkeiten und Kräfte erreichen kann. Der persönliche Lernerfolg ist für die Entwicklung junger Menschen von großer Bedeutung. Jede Schulart hat ihre besonderen Aufgaben und Möglichkeiten der Weiterentwicklung.

- Die Grundschule muß das Kind in die Welt des Lernens behutsam einführen. Sie darf das Kind nicht überfordern, indem sie sich zuviel zu früh vornimmt. Sie ist zuerst Lebensraum und dann Lernstätte. Die Grundschule hat die Grundlagen für alle zu legen, sie ist nicht einseitige Trimm-Dich-Aktion für das Gymnasium.

- Die CDU ist für eine weitere Aufwertung der Hauptschule.

Wir haben in Rheinland-Pfalz die leistungsfähigste Hauptschule aller Bundesländer. Mit dem besonderen Maß an Anschauung und Lebensnähe wird ein Lernerfolg erreicht, der beruflichen Einstieg wie weitere Qualifikationen, vor allem über das berufliche Schulwesen, eröffnet.

- Die Realschule bietet vielfältige Formen der Begabungsförderung. Sie hat ihre Leistungsfähigkeit als hervorragende Grundlage für beruflichen Aufstieg und Erfolg unter Beweis gestellt.

- Das Gymnasium muß auch in Zukunft seiner Hauptaufgabe gerecht werden, auf das Studium vorzubereiten. Die Oberstufe in Rheinland-Pfalz gehört in der Qualität und Breite der Anforderungen zu den anspruchsvollen Lösungen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Zielsetzung des Gymnasiums bleibt eine gute Allgemeinbildung.

- Die Attraktivität der berufsbildenden Schulen wächst, weil sie in enger Verbindung zur beruflichen Praxis arbeiten.

Die Berufsschule leistet einen unverzichtbaren Beitrag zum Ausbildungserfolg im dualen System. Die berufsbildenden Schulen vermitteln darüber hinaus berufsqualifizierende Abschlüsse und erlauben das Nachholen allgemeinbildender Abschlüsse. Das hohe Maß an Differenzierung muß erhalten bleiben, um einerseits zusätzliche Bildungsangebote für lernschwache und behinderte Jugendliche anzubieten und

besondere Möglichkeiten für ausländische Jugendliche zu schaffen, andererseits attraktiv zu sein für neue Aufgaben, z. B. für Abiturienten, damit die Hochschule für sie nicht der einzige Bildungsweg bleibt.

Wir wollen die Berufsbildung so anlegen, daß die Veränderung von Arbeitsabläufen und Arbeitstechniken Berücksichtigung findet. Die berufsbildenden Schulen müssen die entwicklungsbedingte Anpassung an Veränderungen bestehender Ausbildungsberufe gewährleisten und attraktive Angebote für neue Berufsfelder schaffen.

- Die Sonderschule ist für behinderte Kinder nach wie vor die bestmögliche Form der Förderung, weil sie auf die jeweilige Behinderung individuell eingehen kann. Darüber hinaus erproben wir, wie sich mehr Gemeinsamkeit zwischen nicht behinderten und behinderten Kindern erreichen läßt.

- Wo das Recht der Eltern auf freie Wahl der Schule nicht beeinträchtigt wird, haben wir Integrierte Gesamtschulen als Alternative zum gegliederten Schulwesen eingerichtet. In den rheinland-pfälzischen Gesamtschulen tritt neben die Zielsetzung der Integration die der leistungsbezogenen Differenzierung, weil die Gesamtschulen bei uns den Leistungsanforderungen des gegliederten Schulwesens genügen müssen.

In Rheinland-Pfalz sind die Schularten so zusammengeführt, daß jeder Abschluß gleichzeitig auch ein Anschluß zu weiteren Bildungsmöglichkeiten ist. Diese

Möglichkeiten werden jedes Jahr von Zehntausenden von Schülern genutzt. Dabei kommt dem Ausbau der freiwilligen 10. Schuljahre an der Hauptschule besondere Bedeutung zu. Differenzierung und unterschiedliche Antworten auf Begabungen und Lebensentwürfe sowie Durchlässigkeit bleiben auch in Zukunft die Perspektive.

Weitere Entwicklung der Schule

8.5. Wir werden das Schulwesen in Rheinland-Pfalz mit Augenmaß weiterentwickeln.

Ausgangspunkt ist dabei immer die Frage: Was bringt die Weiterentwicklung für Verständnis und Verantwortung des Kindes in der modernen Welt?

Unsere Zielsetzungen sind:

- Gleichklang von Unterrichtung und Erziehung - erwachsen aus dem Gespräch und der Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule.
- Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, gegen die Diskriminierung des praxisbezogenen Lernens und gegen eine einseitige Bevorzugung theoretischer Inhalte.
- Für jeden seine persönliche Bildungschance, die besondere Räume der Zuwendung und Förderung sichert. Dies bedeutet keine falsche Angst vor Begabtenförderung, vor allem, wenn alle Möglichkeiten der Begabung im Blick gehalten werden.
- Öffnung für eine konstruktive Teilnahme an einer von Wissenschaft und Technik bestimmten Welt, wie z.B. durch die informationstechnische Grundbildung. Sie ist in ein gestuftes System von informationstechnischer Ausbildung, Fach- und Weiterbildung eingeordnet.

Fort- und
Weiterbildung

- 8.6. Zu einer guten Ausbildung gehört die Bereitschaft zum lebenslangen Lernen. Fort- und Weiterbildung sind in allen Berufsfeldern eine notwendige Grundlage angesichts der großen Veränderungen in unserer Arbeitswelt. Erwachsenenbildung ist mehr: sie vermittelt Anregungen für eine erfüllte Lebensgestaltung in Beruf und Freizeit.

Fahrtkosten und
Lernmittelfreiheit

- 8.7. Das Land bringt jährlich 140 Millionen DM auf, um den Schülern den Weg zur Schule zu erleichtern. Wir ersetzen die Fahrtkosten für Grund-, Haupt- und Sonderschüler voll, Realschüler müssen einen begrenzten Eigenanteil erbringen, in der Sekundarstufe II ist unter bestimmten persönlichen Voraussetzungen ein Kostenersatz möglich.

In Rheinland-Pfalz wird es keine Schulschließungswelle geben; wir werden darüber hinaus den Fahrtkostenersatz für den Weg zu den vorhandenen Schulen auch in Zukunft sichern.

Durch die rheinland-pfälzische Regelung der Lernmittelfreiheit erhalten die Schüler der Sonderschulen und des Sonderberufsgrundschuljahres die benötigten Lernmittel kostenlos; darüber hinaus unterstützt das Land die Eltern der Schüler durch Lernmittelgutscheine, deren Höhe sich nach den besonderen familiären Verhältnissen richtet. Wir werden in der nächsten Legislaturperiode das rheinland-pfälzische System bedarfsgerecht weiterentwickeln.

- 8.8. Hochschulen mit hohem Niveau in Forschung, Lehre und Studium sind die notwendige Grundlage, um im internationalen und nationalen Wettbewerb zu bestehen und als Land die Nase vorn zu haben.

Unsere Ausgangsposition für den Rest dieses Jahrhunderts ist hervorragend; wir haben ein Netz leistungsfähiger Hochschulen. Trotz großer Belastung durch die Lehre leisten sie hervorragende Arbeit in der Forschung.

Die Studentenzahlen sind inzwischen auf fast 60.000 gestiegen. Neben der großen Johannes Gutenberg-Universität Mainz haben wir mit Trier und Kaiserslautern zwei neue Universitäten geschaffen. Wir haben an der Erziehungswissenschaftlichen Hochschule in Koblenz und Landau zusätzliche Studiengänge eingerichtet. Die Fachhochschule des Landes eröffnet mit ihren sieben Abteilungen an zehn Standorten in anwendungsorientierten Disziplinen gute Berufsperspektiven.

Mit der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer haben wir eine in Forschung, Fort- und Weiterbildung einzigartige Einrichtung.

Die in Koblenz bzw. Vallendar angesiedelte Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung ist eines der geglückten Beispiele privater Initiative im Hochschulbereich und trägt zur Bereicherung der Hochschullandschaft in Rheinland-Pfalz bei.

Die Zahl der Sonderforschungsbereiche an den rheinland-pfälzischen Hochschulen wächst. Wichtige wissenschaftliche Einrichtungen wie zwei bedeutende Max-Planck-Institute, die Mainzer Akademie der Wissenschaften und Literatur und das Römisch-Germanische

Mainz tragen zum guten Ruf der Forschungsstruktur des Landes bei.

Forschung in
Hochschulen

- 8.9. Wir haben in den Hochschulen in den letzten Jahren mit einem stark steigenden Einsatz finanzieller Mittel die Weichen für die 90er Jahre gestellt. Die Dynamik des Ausbaus ist ungebrochen.

Wir setzen in Bereichen an, in denen noch Nachholbedarf besteht. Dies gilt vor allem in den Disziplinen, die wissenschaftlich zukunftssträftig sind und gute Berufschancen eröffnen. Dies erfordert außerordentliche Anstrengungen:

Zusätzliche Stellen für die Grundausstattung, gezielte Stärkung wachstumsträftiger Schwerpunkte, steigende Mittel für die Modernisierung der Geräte und die Ausstattung der Bibliotheken, große Anstrengungen im Baubereich, um allen Standorten einschließlich des Mainzer Klinikums beste Voraussetzungen für die zukünftige Arbeit zu sichern.

Im Doppelhaushalt 1986/87 haben die Hochschulen einen großen Anteil der Mittel der Sonderprogramme "Technologie" und "Umwelt" erhalten; diese Programme werden mit steigendem Einsatz finanzieller Mittel fortgeführt, um im Interesse der Leistungsfähigkeit des ganzen Landes neue Schwerpunkte wie Produktionstechnik, Werkstofftechnik, Materialwissenschaften, Biotechnologie, Informationstechnik und Mikroelektronik, Ingenieurinformatik, Betriebsinformatik, Umwelt- und Energietechnik fördern zu können.

Da Forschung und Lehre untrennbar miteinander verbunden sind, ergeben sich durch diese Maßnahmen auch verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten für die Studenten auf diesen zukunftsorientierten Gebieten.

Schwerpunkte
Transfer zur
Wirtschaft

8.10. Unsere Hochschulen müssen arbeitsteilig vorgehen. Wir können nicht in allen Disziplinen Spitzenleistungen erbringen. Wir können nicht an jedem Standort alles machen. Die Erkenntnisse müssen an alle weitergegeben werden, im Interesse des ganzen Landes. Für die mittelständische Wirtschaft ist dabei der Ausbau der Fachhochschule von besonderer Bedeutung: Neue Disziplinen und Arbeitsbereiche wie Keramik in Höhr-Grenzhausen oder Schmuck- und Edelsteindesign in Idar-Oberstein, neue Schwerpunkte wie Ingenieurinformatik und Versorgungstechnik ergänzen die breite Palette der anwendungsorientierten Studiengänge und Beratungsstellen.

Geisteswissen-
schaften

8.11. Technischer Fortschritt allein stiftet keinen Sinn und setzt keine Werte. Wir fordern die Geisteswissenschaften auf, sich engagiert mit neuen Entwicklungen und ihren gesellschaftlichen Folgen auseinanderzusetzen. Die Geisteswissenschaften haben die Chance, zum Verständnis der Welt, zur Bewältigung der Sinnfragen und zur Beherrschung der naturwissenschaftlichen, technischen und medizinischen Entwicklungen ihren Beitrag zu leisten.

Studienreform

- 8.12. Wir werden die Studienreform durch eine sinnvolle Konzentration der Studieninhalte fortführen, um die wissenschaftliche Grundbildung zu verstärken und die Intensität des Studiums zu verbessern. Die durchschnittliche Studienzeit an den wissenschaftlichen Hochschulen muß kürzer werden.

Austausch mit
dem Ausland

- 8.13. Forschung, Lehre und Studium, - das bedarf des freimütigen Austausches, der Offenheit und der Partnerschaft.

Wir werden die Hochschulen in ihrem Bemühen unterstützen, die Beziehungen zu Hochschulen in der europäischen Nachbarschaft, aber auch darüber hinaus zu intensivieren. Dazu gehört vor allem ein intensiverer Studentenaustausch und die Förderung des Auslandsstudiums.

9. Anstöße für die geistige und künstlerische Hinwendung zu Grundfragen der Zeit

Kunst und Kultur
als Schwerpunkt

- 9.1. Kunst- und Kulturförderung sind Langzeitinvestitionen einer freien Gesellschaft. Dabei ist die Wechselwirkung zwischen Kunstschaffen als Beruf und der künstlerischen Betätigung als Liebhaberei von großer Bedeutung.

Kunst und Kultur sind zu einem neuen Schwerpunkt der Landespolitik geworden und müssen es bleiben:

Wir setzen verstärkt Akzente in der Förderung der künstlerischen Qualität der Theater und Orchester.

Die Landeszuschüsse für die Theater in Mainz, Kaiserslautern, Koblenz, Trier und Neuwied werden weiter stetig steigen, um die Leistungsfähigkeit und künstlerische Attraktivität zu stärken.

Die künstlerische Qualität der beiden Staatsorchester in Ludwigshafen und Koblenz wird weiter verbessert, auch um den Ruf des Landes Rheinland-Pfalz als Kulturland noch stärker als bisher nach draußen zu tragen.

Wir brauchen in Zusammenarbeit mit den Kommunen eine stärkere Förderung freier Kultur- und Theaterinitiativen, die in vielen Orten unseres Landes zur Breite und Vielfalt des künstlerischen und kulturellen Lebens einen wichtigen Beitrag leisten.

Wir verbessern die künstlerische Aus- und Fortbildung

- durch die Errichtung einer Musikstiftung auf Landesebene
- durch die Förderung von Künstlerbegegnungsstätten wie dem Künstlerhaus in Edenkoben, dem Bahnhof Rolandseck und Akademietagungen wie der Europäischen Akademie für Bildende Kunst in Trier. Wir wollen damit jungen, hoffnungsvollen künstlerischen Talenten zusätzliche Anregungen und Auseinandersetzungen ermöglichen.

Neue Vorhaben

- 9.2. Wir verbessern die Möglichkeiten der Kunst, sich Bürgern und Öffentlichkeit zu präsentieren. Wir ermöglichen damit zugleich den besseren Zugang zu Kunst und Kultur:

- Nach der grundlegenden Renovierung des Koblenzer Stadttheaters stehen in den nächsten Jahren der Theaterbau in Kaiserslautern und das zweite Haus des Mainzer Theaters als große Projekte an;
- Nach der Erweiterung der Landesmuseen in Mainz und Trier wird auch das Landesmuseum in Koblenz im Rahmen der Generalsanierung der Festung Ehrenbreitstein erweitert. Es erhält bessere Arbeitsmöglichkeiten;
- das Land fördert den Ausbau des Historischen Museums der Pfalz in Speyer durch einen Zuschuß von 20 Mio. DM;
- wir führen seitens des Landes auch in Zukunft vermehrt Kunstaussstellungen durch. Wir wollen die Qualität durch die öffentliche Darstellung und die Verleihung von Preisen weiter erhöhen;
- wir werden die Arbeit freier Vereinigungen wie der Kunstvereine durch wachsende Landeszuschüsse intensivieren;
- wir werden die Förderung freier Initiativen in den unterschiedlichen Feldern der Museumsarbeit fortsetzen; Spezialmuseen, Freilichtmuseen, Landschaftsmuseen und Heimatmuseen sind Teile eines auf Vielfalt angelegten Museumskonzeptes. In ihm ergänzen sich sinnvoll staatliche und freie Initiative;
- wir werden die Naturhistorischen Museen in Mainz und Bad Dürkheim stärker fördern, um Defizite auf diesem Feld der wissenschaftlichen Arbeit zu vermindern und die Abwanderung wertvoller Funde aus unserem Land zu verhindern;
- wir werden die Chance des Bahnhofs Rolandseck als kultureller Brücke im Nordteil unseres Landes im Einzugsbereich der Bundeshauptstadt in den nächsten Jahren weiter nutzen.

.Literatur und
Bibliotheken

- 9.3. Wir haben in den letzten Jahren auf kulturellem Feld viel erreicht, viel bleibt noch zu tun.

Die literarische Arbeit in Rheinland-Pfalz braucht stärkere Anregung und Förderung: Junge Talente sollen damit an das literarische Niveau in Deutschland leichter Anschluß finden.

Eine wichtige Voraussetzung des Zugangs zur Kultur ist ein gutes bibliothekarisches Angebot in allen Landesteilen. Das Land wird durch den Aufbau einer neuen leistungsfähigen wissenschaftlichen Bibliothek in Koblenz eine Lücke schließen. Landkreise und kreisfreie Städte sind aufgerufen, das Angebot an Literatur, vor allem in ländlichen Gebieten grundlegend zu verbessern.

Musikpflege

- 9.4. Für die CDU Rheinland-Pfalz ist die verstärkte Förderung der künstlerischen Fortbildung im Rahmen der Arbeit der Musikerverbände und Sängerbünde von besonderer Bedeutung. Breite Fortbildungsarbeit, die sich mit neuen Entwicklungen auseinandersetzt, garantiert auch in Zukunft die Leistungs- und Lebensfähigkeit der vielen Chöre, Orchester und Musikgruppen.

Kultur und
Freiheit

- 9.5. Kultur braucht Spielraum und Freiheit, Vielfalt und Offenheit. Der Staat kann das menschliche Grundbedürfnis nach Sinnverständnis, nach geistiger Orien-

tierung nicht befriedigen; er muß den Freiraum dafür schaffen.

Die Kirchen und Religionsgemeinschaften können nicht nur für ihre Aufgaben diesen Freiraum nutzen; ihre Aufgabe ist es, in besonderer Weise zur geistigen Orientierung grundlegende Beiträge zu leisten.

Aufgabe des Staates ist es, geistiges und kulturelles Leben zu unterstützen und den Impulsen aus bildender Kunst, Musik und Literatur Raum zu geben. Der Staat ist durch unsere Verfassung verpflichtet, das kulturelle Leben zu fördern. Daneben lebt Kultur auch vom Mäzenatentum anderer. Nicht nur Privatleute, sondern auch die Unternehmen, die Banken und Sparkassen, die großen gesellschaftlichen Gruppierungen und nicht zuletzt die Kirchen sind aufgefordert, durch Mäzenatentum einen Beitrag zur kulturellen Vielfalt als Ausdruck von Freiheit und Menschlichkeit zu leisten.